

# Stenographisches Protokoll.

## 1. Sitzung der II. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Dienstag, den 12. November 1946.

### Inhalt.

1. Eröffnung durch den Präsidenten (S. 1).
2. Abwesenheitsanzeige (S. 1).
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 1).
4. Verhandlung: Bericht des Landeshauptmannes Reither (S. 3), Eröffnung der Debatte über den Bericht des Landeshauptmannes Reither. Redner: Landeshauptmannstellvertreter Kargl (S. 13), Abg. Vesely (S. 14), Landesrat Genner (S. 23), Landesrat Haller (S. 26), Abg. Wondrak (S. 28), Abg. Zach (S. 30), Abg. Niemetz (S. 32), Abg. Dr. Riel (S. 33). Verlesung des Resolutionsantrages durch den Schriftführer Abg. Kaindl (S. 36). Abstimmung (S. 37).

PRÄSIDENT (um 14 Uhr 15 Min.): Das Hohe Haus ist beschlußfähig, ich herkläre die II. Session der IV. Wahlperiode für eröffnet.

Hoher Landtag! Geehrte Frauen und Herren! Ich gestatte mir, die Mitglieder der Landesregierung und alle Abgeordneten bestens willkommen zu heißen und lade Sie ein, die Arbeit mit aller Kraft wieder aufzunehmen.

Die Art und Weise, wie die Fülle der Aufgaben, die unser harrt, zur Lösung kommen wird, birgt Wohl und Wehe der Heimat in sich; ihre oberste und grundlegende Notwendigkeit ist die endliche Finalisierung des künstlich aufrechterhaltenen Kriegszustandes, ist der Frieden und die Freiheit.

Seien wir uns der alten und hohen Tradition dieses Hauses immer bewußt, tun wir ihr in würdevoller und beispielgebender Art Genüge, dann wird auch das Ergebnis der Beratungen dieser hohen Versammlung ein glückliches und gesegnetes sein; und das allein ist unsere Aufgabe und daher auch unser bestes Wollen.

Das Protokoll der 14. Sitzung der I. Session ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich wegen Krankheit entschuldigt die Herren Abgeordneten Sigmund, Koppensteiner und Ficker.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Versendung der Tagesordnungen in Aussicht genommen ist, sobald die postalischen Verhältnisse sich derart gefestigt haben, daß die Herren Abgeordneten

die Tagesordnung mit Sicherheit rechtzeitig erhalten können, also wenn vom Zeitpunkte der Ansetzung der Haussitzung bis zum Sitzungstage selbst noch ausreichende Zeit für den Postlauf verbleibt.

Bei solcher Sachlage werden die Herren Abgeordneten ersucht, zuverlässig Tagesordnung und Beilagen zur Sitzung wieder mitzubringen, da wegen Papiermangels eine Doppelaufgabe der Tagesordnungen unmöglich ist.

Ferner ersuche ich um Kenntnisnahme, daß wegen Papiermangel die Vorlagen künftighin doppelseitig bedruckt sein werden.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (liest):

Vorlage der Landesregierung, betreffend Wohnbausiedlung für Landarbeiter.

Vorlage der Landesregierung, betreffend die Arbeiten auf der Linzer Bundesstraße an der Strecke St. Pölten—Amstetten.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Regelung der Gehaltsbezüge und Reisegebühren bei den n.-ö. Straßenmeistern.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Bezugsordnung für Kinderwärterinnen an n.-ö. Landeskindergärten.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Ortsgemeinde Straßhof, Verwaltungsbezirk Gänserndorf, Änderung des Ortsnamens.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Demokratisierung der Bezirksverwaltungen in Niederösterreich.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Statutarstadt Wiener Neustadt, Zusammensetzung des Stadtsenats, Gesetzentwurf.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Statutarstadt Krems, Neufestsetzung des Stadtgebietes. Gesetzentwurf.

Vorlage der Landesregierung, betreffend die Intensivierung des Eisenbahn- und Transportwesens in Niederösterreich.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Anwendung des Reichsjagdgesetzes.

Anfrage der Abgeordneten Kaindl, Endl, Bartik, Findner, Zach, Romsy und Genossen, betreffend rasche Flüssigmachung der Dienstbezüge.

Anfrage der Abgeordneten Kaindl, Endl, Bartik, Findner, Zach, Romsy und Genossen, betreffend Vorschüsse

an die Landes- und Bezirksbeamten auf die neue Bezugsordnung.

Anfrage der Abgeordneten Kaindl, Endl, Bartik, Findner, Zach, Romsy und Genossen, betreffend Errichtung der neuen Personalstände im Lande Niederösterreich.

Anfrage der Abgeordneten Kaindl, Endl, Bartik, Findner, Zach, Romsy und Genossen, betreffend Auszahlung der Differenzbeträge an die Landespensionisten für die Zeit vom April 1945 bis Jänner 1946.

Anfrage der Abgeordneten Endl, Kaindl, Zach, Bartik, Romsy und Genossen, betreffend die Verletzung der Immunität eines Abgeordneten des niederösterreichischen Landtages.

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung der Anfrage.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Das Mitglied des N.-Ö. Landtages, Landtagsabgeordneter Ferdinand Riefler, wurde über Verfügung der russischen Besatzungsmacht im Laufe des Monats Juli 1946 in Haft genommen. Weiteres über sein Schicksal ist nicht bekanntgeworden. Diese Vorgangsweise hat in weiten Kreisen der Bevölkerung höchste Beunruhigung hervorgerufen.

Gemäß Artikel 56 der österreichischen Bundesverfassung, der laut Artikel 96 auch auf die Mitglieder des Landtages anzuwenden ist, darf kein Mitglied des Landtages auch im Falle einer strafbaren Handlung ohne Zustimmung des Landtages verhaftet oder sonst behördlich verfolgt werden. Jede andere Vorgangsweise ist eine Verletzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte eines frei gewählten österreichischen Abgeordneten.

Die Gefertigten behren sich daher, an den Herrn Landeshauptmann nachfolgende Anfrage zu stellen:

1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß die in der Bundesverfassung gewährleistete Immunität eines Abgeordneten gesichert und auch im Falle des Abgeordneten Riefler angewendet wird?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, beim Oberbefehlshaber der russischen Besatzungsmacht vorstellig zu werden, daß gemäß der auch von der russischen Besatzungsmacht anerkannten österreichischen Bundesverfassung die Immunität der Abgeordneten beachtet wird und demgemäß die eheste Freilassung des verhafteten Abgeordneten Riefler erfolgt?

3. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, den Tatbestand der Verhaftung des Abg. Rief-

ler, die unter Verletzung der Artikel 56, 57 und 96 der österreichischen Bundesverfassung erfolgt ist, dem hohen Alliierten-Rat zur Kenntnis zu bringen?

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung der weiteren Anfragen.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Antrag der Abgeordneten Popp, Koppensteiner, Ficker, Wondrak, Vesely und Genossen, betreffend Errichtung einer Rollfähre über die Donau zwischen der Marktgemeinde Orth an der Donau und der Gemeinde Haslau.

Antrag der Abgeordneten Glaninger, Schöberl, Dr. Riel, Bachinger, Bartik, Etlinger und Genossen, betreffend Instandsetzung der Bundesstraße zwischen Melk und Mauer.

Antrag der Abgeordneten Niemetz, Grafeneder, Dr. Steingötter, Stern, Zettel, Kuba und Genossen, betreffend Übernahme der Ausfallhaftung für Kredite an Gewerbetreibende, Fremdenverkehrs- und Gaststättenbetriebe.

Antrag der Abgeordneten Dr. Steingötter, Hölzl, Vesely, Kuba, Stern, Gabner und Genossen, betreffend Schaffung eines Landesfonds für Kriegsoffer und Opfer des Faschismus.

Antrag der Abgeordneten Wondrak, Ficker, Mentasti und Genossen, betreffend Beseitigung des Unterschiedes zwischen den sozialpolitischen Rechten der Arbeiter und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft und denen aller anderen Arbeiter und Angestellten.

Antrag der Abgeordneten Popp, Vesely, Ficker, Sigmund und Genossen, betreffend Erlassung eines Landesfeuerwegesetzes.

Antrag der Abgeordneten Tesar, Waltnner, Bogenreiter, Findner, Schöberl und Genossen, betreffend die Wiedererrichtung der Bezirksfürsorgegeräte in Niederösterreich.

Antrag der Abgeordneten Etlinger, Bachinger, Glaninger, Zach, Tesar und Genossen, betreffend Aktivierung der Bezirksstraßen Ausschüsse in Niederösterreich.

Antrag der Abgeordneten Findner, Endl, Bartik, Kaindl, Zach, Tesar, Romsy und Genossen, betreffend die Errichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich gemäß dem Arbeiterkammergesetz, § 1, Abs. 4.

Antrag der Abgeordneten Endl, Kaindl, Schwarzott, Götzl, Legerer und Genossen, betreffend Überschreibung der Wehrmachtsführerscheine von Heimkehrern auf Zivilführerscheine.

Antrag der Abgeordneten Vesely, Niemetz, Stern, Gaßner, Ficker, Sigmund und Genossen, betreffend Anbringung von Namenstafeln und Wegweisern an Orts- ein- und -ausgängen, bzw. Straßenkreuzungen.

Antrag der Abgeordneten Kren, Gaßner, Wondrak, Reif, Kuba und Genossen, betreffend Errichtung einer Textilfachschule in Groß-Siegharts.

Antrag der Abgeordneten Dienbauer, Saßmann, Bachinger, Etlinger, Glaninger, Denk und Genossen, betreffend Schaffung eines Jagdgesetzes für das Land Niederösterreich.

Antrag der Abgeordneten Glaninger, Bachinger, Götzl, Etlinger, Bogenreiter, Bartik und Genossen, betreffend Bereinigung der Schäden, welche durch die „Quarz“ im Gebiete von Loosdorf und Melk verursacht wurden.

Antrag der Abgeordneten Haller, Dienbauer, Marchsteiner, Bogenreiter, Bachinger, Wallig und Genossen, betreffend Aufhebung der zeitweiligen Stromeinschränkungen während der Druschzeit in den ländlichen Gemeinden zwecks klagloser Durchführung des elektrischen Drusches.

PRÄSIDENT (nach Zuweisung des verlesenen Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse): Zum Worte gemeldet ist Herr Landeshauptmann Reither.

Landeshauptmann REITHER: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Sommerferien tritt der N.-ö. Landtag heute wieder zusammen, um im demokratischen Geiste die Nöte des Landes zu besprechen und Mittel und Wege zu ersinnen, wie das Land Niederösterreich in seiner Entwicklung vorwärtsgebracht werden kann. Sie haben nun die Ferien benützt, um auf dem Lande draußen sich über die Verhältnisse zu informieren, und werden die Erfahrungen, die Sie draußen gemacht haben, hier im Hause bestens verwerten können. Es wird der N.-ö. Landtag eine Fülle von Arbeiten zu bewältigen haben und ich bin überzeugt, er wird die an ihn gestellten Anforderungen voll erfüllen können, da die Not unseres Vaterlandes und insbesondere des Landes Niederösterreich uns allen schwer am Herzen liegt und wir alle von bestem Willen beseelt sind, das Unserige dazu zu tun, um im Rahmen unserer Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen dort, wo es not tut und neue Wege zu bahnen für eine glücklichere Zukunft. Wenn ich heute Ihnen einen Überblick über die Verhältnisse im Lande geben soll, so muß ich vorerst feststellen, daß die allergrößten Sorgen, welche uns vor kurzer Zeit noch erfüllten, schon von einem Hoffnungsschimmer erhellt

sind, der uns doch wieder zuversichtlicher in die Zukunft blicken läßt.

Der Herr Bundeskanzler hat vor kurzem die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß es ihm gelungen ist, den Kaloriensatz für Normalverbraucher auf täglich 1550 Kalorien zu erhöhen und sicherzustellen. Die Ernährung des Volkes ist in der heutigen Zeit unsere größte Sorge und Zielpunkt aller unserer Bemühungen.

Es ist kein Zweifel, daß wir mit der österreichischen Ernte das Auslangen nicht finden werden. Es wird daher auch das Land Niederösterreich auf Zuschübe aus dem Auslande angewiesen sein. Wir werden aber nur dann und in dem Maße mit der Hilfe des Auslandes rechnen können, als Niederösterreich selbst seiner Ablieferungspflicht nachkommt und den Beweis erbringt, daß es alles unternimmt, um soweit es irgendwie möglich mit eigenen Mitteln die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Verantwortung für die Ablieferung trifft aber nicht nur allein die n.-ö. Bauernschaft, vielmehr ist dafür die gesamte Bevölkerung verantwortlich, soweit sie es unterläßt, dem Bauer Arbeitsdienste zur Erfüllung seiner großen Aufgabe, Ernährer des Volkes zu sein, zu leisten.

Ich gebe Ihnen nun einen Überblick über den Ablieferungsstand und die Versorgung des Landes Niederösterreich und beginne mit dem Brotgetreide.

Aus den niederösterreichischen Bezirken wurden bis 15. Oktober abgeliefert: 140.858 Meterzentner Roggen, 182.460 Meterzentner Weizen und 165 Meterzentner Menggetreide, daher insgesamt 323.474 Meterzentner Brotgetreide. Aus den Wiener Randbezirken waren an diesem Tag abgeliefert: 21.157 Meterzentner Roggen, 43.893 Meterzentner Weizen, 130 Meterzentner Menggetreide, daher insgesamt 65.050 Meterzentner Brotgetreide. An Gerste waren abgeliefert in den niederösterreichischen Bezirken: 48.339 Meterzentner und aus den Wiener Randbezirken 7441 Meterzentner. Die Hafereblieferungen betragen: aus den niederösterreichischen Bezirken 5391 Meterzentner und aus den Wiener Randbezirken 162 Meterzentner. Die Ablieferungsergebnisse per 31. Oktober d. J. liegen heute leider nur teilweise vor. Auf Grund der derzeitigen Post- und Verkehrsverhältnisse sind noch sehr viele Meldungen ausständig.

Schätzungsweise dürften in den letzten vierzehn Tagen des Monats Oktober zirka 60.000 Meterzentner Brotgetreide aus den niederösterreichischen Bezirken abgeliefert worden sein, so daß sich per 31. Oktober d. J. die gesamte abgelieferte Brotgetreidemenge auf 383.474 Meter-

zentner stellt. Die Ablieferungen in den letzten vierzehn Tagen des Oktobers dürften sich in Wien auf zirka 4000 Meterzentner Brotgetreide belaufen, so daß die Gesamtablieferungen bei Brotgetreide für die Randbezirke bis 31. Oktober d. J. 69.050 Meterzentner betragen. In den letzten vierzehn Tagen des Monats Oktober dürften sich die Gersteablieferungen in Niederösterreich auf zirka 10.000 Meterzentner stellen, so daß per 31. Oktober d. J. aus den niederösterreichischen Bezirken 58.339 Meterzentner Gerste als abgeliefert erscheinen. In den Wiener Randbezirken kann in dieser Zeit mit einer Ablieferung von etwa 2000 Meterzentner gerechnet werden, so daß sich die Ablieferungssumme auf 9441 Meterzentner stellt. Die Haferablieferungen dürften sich in Niederösterreich bis Ende Oktober auf zirka 8000 Meterzentner Hafer erhöhen. In den Wiener Randbezirken dagegen dürfte sich nicht viel ändern.

Das Gersteablieferungskontingent beträgt für Niederösterreich und die Wiener Randbezirke 240.000 Meterzentner, abgeliefert wurden 67.780 Meterzentner per 31. Oktober d. J., d. s. 28% der Ablieferungserwartung. Bei Hafer, wo das Ablieferungskontingent zirka 180.000 Meterzentner ausmacht, sind daher erst 4% des Ablieferungskontingentes erfüllt.

Die Ablieferungsergebnisse im Oktober haben unsere Erwartungen nicht erfüllt. Sicher ist, daß folgende Hauptgründe im Oktober die Ablieferungen beeinträchtigt haben:

1. Intensive Betreibung des Herbstanbaues,
2. Kartoffelroden,
3. Rübenausnahme,
4. haben auch Mangel an Strom und anderen Treibstoffen den Ausbruch teilweise behindert,
5. ist aber auch festzustellen, daß man in manchen Gebieten den Drusch hinauszögert.

Für November ist ein Ansteigen der Ablieferung zu erwarten und die aus den letzten Tagen eingegangenen Meldungen von wesentlichen Aufkäufern bestätigen diese Annahme.

Im Auftrage des Herrn Ministers für Land- und Forstwirtschaft hat der Herr Geschäftsführer des Österreichischen Getreide- und Wirtschaftsverbandes, Landtagsabgeordneter Ing. Engelbert Dworschak, fliegende Kommissionen zusammengestellt, die in einzelnen Bezirken, u. zw. in bestimmten Gemeinden, scharfe Kontrollen und umfassende Prüfungen bei den Produzenten durchzuführen haben. Bisher fanden derartige Kommissionen in den Bezirken Mistelbach, Korneuburg, Tulln und den Randbezirken von Wien statt, heute befinden sich diese Kommissionen im Bezirk Gänserndorf und werden dieselben ohne Unterlaß fortgesetzt. In den einzelnen Gemeinden haben

diese Kommissionen sowohl bei Getreide als auch bei Kartoffeln und teilweise auch bei Vieh abgelieferungspflichtige Mengen festgestellt und diese beschlagnahmt. Es konnten aber auch die fliegenden Kommissionen keine besonders krassen Fälle an Sabotage aufzeigen.

Es muß festgestellt werden, daß einzelne Großbetriebe mit den Ablieferungen im Rückstand sind. Demgemäß scharfe Kontrollen erfolgen auch bei diesen Betrieben. Auffallend ist, daß trotz wiederholter Hinweise die Ortskontrollausschüsse die Gutsbetriebe bezüglich der Getreideerfassung und -ablieferung außer acht gelassen haben.

Was die Versorgungslage von Niederösterreich betrifft, ergibt sich, daß bisher 24.000 Tonnen Getreide für die Versorgung von Niederösterreich und die Randbezirke, dann für Wien und Salzburg zur Verfügung gestellt wurden. Es lagern daher per 31. Oktober d. J. zirka 16.000 bis 17.000 Tonnen Brotgetreide in den Mühlen und bei den Aufkäufern. Unberücksichtigt sind hier die Mehllager bei Großverteilern und bei den Bäckern.

Für Niederösterreich selbst ergibt sich daher eine ziemlich befriedigende Versorgungslage. Durch die Erhöhung der Brotquote und der Ausgabe einer Mehllage sind die Verhältnisse anders geworden.

Es ist zu berücksichtigen, daß ab der 21. Versorgungsperiode fast um ein Drittel Brotgetreide mehr erforderlich ist als bisher. Außerdem ergibt sich wahrscheinlich die Notwendigkeit, daß für Niederösterreich Getreide, zum Teil zumindest für die Versorgung von Wien oder vielleicht sogar für andere Bundesländer herangezogen werden muß, weil die Anlieferungen von Getreide- und Mehlladungen ex Triest, die hauptsächlich für Wien bestimmt sind, sich durch Streiks und Transportschwierigkeiten verzögern.

Ferner sind weitere UNRRA-Sendungen im allgemeinen vor Mitte Dezember nicht zu erwarten.

Hiezu kommt noch, daß wir bereits in Niederösterreich selbst empfindliche Transportschwierigkeiten haben. Getreidewaggons bleiben oft acht bis zehn Tage in den Verladebahnhöfen stehen und werden nicht befördert.

Bei Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist es nötig, die Erfassung und Lenkung fest in der Hand zu haben und es wird daher an alle der dringendste Appell gerichtet, Dispositionen und Verfügungen des Verbandes promptest zu befolgen.

Der Appell ist deshalb notwendig, weil es sich auf Grund dieser Verhältnisse ergeben kann, daß in den nächsten Tagen bei einzelnen Betrieben, ob dies nun Lagerhäuser,

Mühlen oder Händler sind, von uns Weisungen oder Dispositionen eintreffen werden, die für die einzelnen Betriebe schwer durchzuführen sein werden. Trotzdem müssen sie aber im Interesse der allgemeinen Versorgung unbedingt befolgt werden.

Bezüglich Ablieferung von Kartoffeln kann ich Ihnen mit folgenden Ziffern dienen:

Für das ganze Land erging eine Ablieferungsvorschreibung auf 338.216 Tonnen. Darin ist der Bedarf für Niederösterreich und Wien inbegriffen. Als Vergleich führe ich an, daß im Jahr 1944 die gesamte Ablieferung in Niederösterreich 201.046 Tonnen betrug.

Bisher wurden insgesamt 181.400 Tonnen Kartoffeln zur Ablieferung gebracht. Hiezu muß ich bemerken, daß die Kartoffelablieferung noch in vollem Schwung ist, soweit nicht in einzelnen Bezirken ein krasser Mangel an Arbeitskräften besteht, der den Abschluß der Ernte behinderte.

Nachstehend gebe ich Ihnen eine Aufstellung über den Stand der Ablieferung in den einzelnen Bezirken mit dem Stichtag 10. November 1946:

Bezirk	Eigenbedarf des Bezirktes:	Übergebietliche Ablieferungs- vorschreibung:	Übergebiet- lich auf- gebracht:
Amstetten	6.609	9.692	9.458
Bruck a. Leitha	1.935	4.345	523
Gänserndorf	3.647	18.743	9.611
Gmünd	3.796	31.204	10.120
Hollabrunn	4.647	28.753	9.412
Horn	2.903	19.100	16.995
Korneuburg	3.049	23.851	7.047
Krems	5.600	5.400	2.045
Melk a. Donau	4.100	11.700	5.774
Mistelbach	2.588	23.458	7.660
Scheibbs	2.252	248	553
St. Pölten	13.180	7.820	206
Tulln	2.955	16.045	7.903
Waidhofen a. Thaya	2.271	33.929	20.956
Zwettl	2.594	27.406	13.163
Summe . .	62.126	261.694	121.426

Zu diesen überbezirklich abgelieferten 121.426 Tonnen kommen noch rund zwei Drittel des Eigenbedarfes der Bezirke, der bereits abgeliefert wurde, insgesamt daher rund 181.400 Tonnen.

Wenn in letzter Zeit über angebliche Ablieferungsunlust der niederösterreichischen Bauern gesprochen wurde, möchte ich eindeutig und klar feststellen, daß nicht die geringste Handhabe für solche Anklagen besteht. Vergewärtigen wir uns die Verhältnisse, unter denen heute die niederösterreichischen Bauern ihre Felder bearbeiten und die Ernte hereinbringen. Ein großer Teil der Bauernschaft

besteht aus Kindern und Greisen. Eine Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden pro Tag ist das Normale. Es wär hoch an der Zeit, daß endlich die arbeitsunwillige Jugend aus den Städten aufs Land zur Arbeit dienstverpflichtet wird. Damit wäre dem ganzen Volke gedient und nicht zuletzt auch eine erzieherische Arbeit an der Jugend geleistet. Ein Anlaß zur Ablieferungsunlust wäre wohl darin gelegen, daß das unnatürliche Verhältnis zwischen den Produzentenpreisen und den Verbraucherpreisen nach wie vor weiter besteht. Der Bauer kann es nicht verstehen, daß er beispielsweise für die Kartoffeln nur 9 Groschen erhält, nachdem er Saatgut geleistet, die gesamte Arbeit verrichtet und nach der Ernte die Kartoffeln zur Bahn gebracht hat. Wenn von dem Verbraucherpreis von 22 Groschen der Ausgleichsbetrag von 5 Groschen abgezogen wird, verbleibt noch immer eine Spanne von 8 Groschen, also nahezu dieselbe Höhe, als der Erzeugerpreis überhaupt ausmacht. Es wird Aufgabe der Bundesregierung sein, hier Ordnung zu schaffen.

An Obst- und Gemüseablieferung liegen mir zur Stunde keine vollständigen Berichte vor, doch muß ich erklären, daß die Aufbringung und Ablieferung außerordentlich viel zu wünschen übrig ließ. Es ist zu erwarten, daß unter der neuen Leitung des Gartenbauwirtschaftsverbandes sich im nächsten Frühjahr die Verhältnisse durch zeitgerechte Planung und Intensivierung der Aufbringung wesentlich bessern.

An Fleisch brauchen wir monatlich rund 2000 Tonnen zur Erfüllung der UNRRA.-Sätze. Das Ernährungsministerium kann dem Lande Niederösterreich aber nichts zuweisen, so daß Niederösterreich auf die eigene Aufbringung angewiesen ist. Derzeit können nur 550 Tonnen aufgebracht werden. Es wird erst dann eine höhere Eigenaufbringung zu erzielen sein, wenn aus dem Westen Nutztvieh geliefert wird, so daß ein größerer Schlachtviehanfall in Niederösterreich zu erwarten ist. Da bereits im letzten Monat ein Zuschuß zur eigenen Aufbringung aus UNRRA.-Mitteln nicht geleistet wurde, mußte Niederösterreich daran gehen, die vorhandene Frischfleischmenge gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten aufzuteilen. Obwohl ursprünglich rechnerisch 15 Dekagramm Frischfleisch pro Kopf und Woche zugeteilt werden konnten, ist man zunächst an eine Ausgabe von 20 Dekagramm pro 14 Tage geschritten, und zwar deshalb, um diese Umstellung in der Anlieferung auswirken zu lassen und einen Überblick zu gewinnen, welche Rationen für die Zukunft zuteilt werden können. Der Überblick ist bereits

so weit gewonnen, daß für die zweite Woche der gegenwärtigen Zuteilungsperiode 15 Dekagramm Frischfleisch nachträglich aufgerufen werden können. Die Bevölkerung erhält daher für die ersten zwei Wochen dieser Periode insgesamt 35 Dekagramm Frischfleisch. Damit ist ein berechtigter Wunsch der Arbeiterbezirke in Erfüllung gegangen, die bisher dazu verurteilt waren, nur Konservenfleisch zu essen. Darüber hinaus hat diese Art der Regelung nicht nur den Vorteil der gerechten allgemeinen Verteilung für sich, sondern auch das Fleischhauergewerbe in den fleischarmen Bezirken erhält eine Wiederbelebung und vor allem bietet der Anfall von Innereien in den Industrie- und Arbeiterbezirken die Möglichkeit, Werkküchen mit Innereien zu betreiben. Schließlich sei auch auf den erhöhten Anfall an Häuten hingewiesen, der sich auf die Ledererzeugung günstig auswirken wird. Dadurch, daß im Monat Oktober eine Fehlmenge von 1003 Tonnen Fleisch ausgeworfen wurde und im gegenwärtigen Monat eine Fehlmenge von 1079 Tonnen Fleisch vorhanden ist, welche durch UNRRA.-Zuschüsse oder durch Anlieferung aus den westlichen Gebieten abgedeckt werden sollte, ist es unmöglich, die vorgeschriebenen UNRRA.-Rationssätze an Fleisch mit Fleisch zu erfüllen. Aus diesem Grunde sah sich die Niederösterreichische Landesregierung bereits im Vormonat genötigt, zur Erfüllung der UNRRA.-Fleischsätze aus den eigenen Erntebeständen Weizenkochmehl aufzurufen. Mit Rücksicht darauf, daß der Normalverbraucher des Landes Niederösterreich genau so wie der Normalverbraucher der übrigen Bundesländer einen berechtigten Anspruch auf 1550 Kalorien hat, wird sich auch in diesem Monat das Land Niederösterreich gezwungen sehen, die bestehende Fehlmenge von 1079 Tonnen Fleisch durch Ausgabe von Weizenkochmehl zu ersetzen.

Anläßlich der Landeshauptmännerkonferenz habe ich namens des Landes Niederösterreich die Zustimmung gegeben, daß monatlich eine fleischlose Woche auch in Niederösterreich eingehalten wird, damit der Fleischbedarf für Wien aus diesen Ersparungen sichergestellt werden kann. Diese Zusage habe ich unter der selbstverständlichen Voraussetzung gegeben, daß im ganzen Bundesgebiet einheitliche Fleischsätze zur Ausgabe gelangen. Es ist aber unerträglich, daß beispielsweise Niederösterreich in den ersten zwei Wochen der laufenden Versorgungsperiode ursprünglich in der Lage war, 20 Dekagramm Frischfleisch pro 14 Tage zur Verteilung zu bringen, während das Versorgungsgebiet Wien pro Woche 30 Dekagramm Konservenfleisch erhält und

außerdem die Fleischzulagekarten mit Konservenfleisch erfüllt werden. Aus dieser Situation heraus war das Land Niederösterreich genötigt, nachträglich 15 Dekagramm Frischfleisch aufzurufen. Dieser nachträgliche Aufruf bedeutet natürlich eine merkliche Belastung auf Konto des Nutztviehbestandes.

Nachfolgend gebe ich Ihnen eine Aufstellung über die Anlieferungen der Molkereien und Milchgenossenschaften sowie über die Buttererzeugung und wollen Sie, meine verehrten Damen und Herren, dieser Aufstellung entnehmen, daß wir auch in der Milchproduktion und -ablieferung einen recht beachtlichen Stand erreicht haben. Die Schwierigkeiten, die sich in diesem Sektor ergeben, brauche ich Ihnen wohl nicht einzeln aufzuzeigen.

Im September 1946 haben die Molkereien Niederösterreichs 7,445.174 Liter angeliefert, das entspricht einem täglichen Durchschnitt von 248.172 Liter. Im Oktober stieg die Anlieferung der Molkereien auf 9,521.311 Liter, welche Menge einem Tagesdurchschnitt von 274.881 Liter entspricht.

Die Buttererzeugung hatte im September einen Stand von 209.355 Kilogramm, somit einen Tagesdurchschnitt von 6978 Kilogramm. Im Oktober, der erhöhten Milchanlieferung zufolge, 251.333 Kilogramm Butter, ein Tagesdurchschnitt von 8108 Kilogramm, unter den heutigen Verhältnissen eine beachtliche Leistung.

Die Anlieferungen der Molkereien und Milchgenossenschaften nach Wien betragen im September an Vollmilch 2,568.075 Liter, das entspricht einem Tagesdurchschnitt von 85.603 Liter, an Magermilch 1,223.891 Liter, ein Tagesdurchschnitt von 40.797 Liter. Im Oktober erhöhte sich die Milchanlieferung nach Wien bei Vollmilch auf 3,141.703 Liter, ein Tagesdurchschnitt von 101.345 Liter, und bei Magermilch auf 1,500.023 Liter, welche Menge wieder einem Tagesdurchschnitt von 48.388 Liter entspricht.

Wenn wir bedenken, wie lange Zeit nach dem ersten Weltkrieg gebraucht wurde, um auf diese Ablieferungsmengen zu kommen, wird uns der Erfolg der Milchaufbringung erst recht klar, zumal die niederösterreichische Bauernschaft nach dem zweiten Weltkrieg mit wesentlich größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

Es ist vielfach nicht bekannt, welche Organisation in der Ernährungswirtschaft aufgebaut wurde. Hiezu stelle ich fest:

Es ist Aufgabe der Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft und Volksernährung samt den ihnen untergeordneten Wirtschaftsverbänden, die Lebensmittel aufzubrin-

gen und zu verteilen. Das Landesernährungsamt hat lediglich die Aufgabe der Verteilung der Lebensmittel und die Kontrolle der Verteilung. Das Landesernährungsamt kann nur die Lebensmittel zur Verteilung bringen, die ihm vom Bundesministerium für Volksernährung zur Verfügung gestellt werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß die nicht gelieferten Waren aus den Zuteilungen des Bundesministeriums für Volksernährung, umgerechnet auf Kalorien, seit Einsetzen der UNRRA.-Hilfe einen Wert von rund 7 Milliarden 250 Millionen Kalorien besitzen. Wenn es trotzdem gelungen ist, im großen und ganzen die UNRRA.-Rationssätze kalorienmäßig zu erfüllen, so zeigt dies deutlich, daß das Land Niederösterreich alles getan hat, um durch eigene Initiative und zusätzliche Aufbringung den Ausgleich zu finden.

Es ist daher abwegig, den Landeshauptmann für Niederösterreich oder die Niederösterreichische Landesregierung für die Aufbringung oder für eine zu geringe Zuteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung verantwortlich zu machen. Dies muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. (*Rufe rechts: Sehr richtig!*) Es ist interessant, daß bisher dem Landesernährungsamt Niederösterreich bezüglich der ihm von Gesetz wegen zugewiesenen Tätigkeit kein stichhältiger Vorwurf gemacht werden konnte.

Unbeschadet der Kompetenzfrage hat die Niederösterreichische Landesregierung es immer als ihre vorzüglichste Aufgabe angesehen, die Wirtschaftsverbände bestens zu unterstützen und ihnen den gesamten Behördenapparat zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Eines der brennendsten Probleme ist gegenwärtig die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen und Kleidern. Vorerst möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, einen Bericht geben über die Vorgänge zur Erfassung der Häute, welche eine Voraussetzung bilden für die Erzeugung von Schuhen.

Mit 1. Juli 1946 wurde die Lederbewirtschaftung bundeseinheitlich geregelt, mit 1. August 1946 wurde dem Landeswirtschaftsamt die Gesamtplanung der Verteilung im Lande Niederösterreich übertragen. Vor diesen Zeitpunkten oblag die Erfassung der Häute und die Lederbewirtschaftung für die drei östlichen Bundesländer dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau direkt und wurden dem Landeswirtschaftsamt Kontingente an Schuhen zugewiesen. Lederkontingente wurden durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau an die Großbetriebe unmittelbar vergeben.

Entsprechend der neuen Regelung hat das Land Niederösterreich pro Monat 84.000 Kilogramm Rohhäute aufzubringen. Dieses Kontingent konnte in den Monaten Juli und August nicht erreicht werden, wogegen im Monat September durch eine verschärfte Kontrolle beinahe das vorgeschriebene Kontingent erreicht wurde. Im Oktober ist mit einer höheren Aufbringung des vorgeschriebenen zu rechnen. Es ist Aufgabe des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung, im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau der erhöhten Ablieferung entsprechend auch ein erhöhtes Kontingent an Schuhen zu erwirken.

Seit Juli erhält das Land Niederösterreich neben dem Schuhkontingent ein monatliches Lederkontingent, das in zwei Teile zerfällt, und zwar in das Fix-Kontingent und das freie Länderkontingent. Das Fix-Kontingent bleibt nach Menge und Art unverändert und wird monatlich mittels Ledergutscheinen von der Arbeitsgemeinschaft „Lederwirtschaft“ dem Landeswirtschaftsamt überwiesen. Die Monatssätze für Niederösterreich sind: Leder für Schuhreparaturen 20.000 Kilogramm, Leder für Maßschuhe 2000 Kilogramm, Oberleder und Futterleder 700 Quadratmeter. Aus diesen Ledermengen werden monatlich 7750 Paar Schuhe hergestellt. Weiters erhält das Land Niederösterreich pro Monat 5000 Kilogramm Sattlerleder und 4500 Kilogramm Leder für die Erzeugung von Treibriemen und technischen Artikeln.

Das freie Länderkontingent beträgt für Niederösterreich 5600 Kilogramm, gerechnet in Rohhaut. Aus diesem Lederkontingent werden folgende Artikel hergestellt: Lederschürzen und sonstige Arbeitsschutzartikel, Prothesen und Bandagen, Bekleidungsstücke, Holz pantoffel, Brannenleder usw. Im Rahmen dieses freien Länderkontingentes hat die Niederösterreichische Landesregierung die Möglichkeit, die Produktion nach eigenem Ermessen im Einvernehmen mit der Handelskammer zu lenken.

Hinsichtlich Schuhbewirtschaftung kann ich dem Hohen Hause folgende Mitteilungen machen:

Mit 1. August 1946 trat die bundeseinheitliche Schuhbewirtschaftung in Kraft. Dem Lande Niederösterreich wurden im Monat August 30.000 Paar Schuhe, 10.000 Paar Hilfsstraßenschuhe und 13.725 Paar Gummischuhe zugeteilt.

Im September betrug die Zuweisung: 22.800 Paar Lederschuhe und 13.725 Paar Gummischuhe.

Für die Monate Oktober und November gemeinsam stellen sich die Kontingente wie



folgt: 35.150 Paar Lederschuhe und 23.600 Paar Gummischuhe verschiedener Art. Leider muß festgestellt werden, daß die Kontingente für Oktober und November wesentlich zurückgegangen sind. Als einmalige Zuweisung konnte das Land Niederösterreich aus UNRRA.-Lieferungen 12.100 Paar leichte Arbeitsschuhe mit Gummisohlen zur Ausgabe bringen sowie 900 Paar leichte Kinderleinschuhe, 370 Paar Import-Straßenschuhe aus der Tschechoslowakei und 11.000 Paar Schuhe für Schulkinder aus der Schweizer Hilfe. Überdies wurden auf Grund der besonderen Notlage des Landes Niederösterreich folgende Kontingente zur Verfügung gestellt: Aus der Bundesreserve: 3000 Paar Kinderschuhe für Schulkinder und 2000 Paar Arbeitsschuhe mit Holzsohlen, welche ausschließlich für die Landwirtschaft zur Einbringung der Rübenernte ausgegeben wurden. Die Verteilung geschieht nach Vorschlag der Landeslandwirtschaftskammer für Niederösterreich.

Schließlich konnte zur Erhöhung der monatlichen Reparaturlederquote eine einmalige Zuweisung von 6600 Kilogramm Gummisohlenplatten erwirkt werden.

All diese Ziffern zeigen, daß die Kontingente einen Bruchteil dessen darstellen, was zur Versorgung der Bevölkerung notwendig wäre. Im Lande Niederösterreich befindet sich nur eine einzige Schuhfabrik, doch ist dieselbe nicht in österreichischen Händen.

Im Rahmen dieser Kontingente wurde mit dem Gewerkschaftsbund eine Vereinbarung getroffen, daß bis Ende 1946 20.000 Paar Arbeitsschuhe für Arbeiter hergestellt und für die Arbeiter der Industriebetriebe ausschließlich zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Menge ist vollkommen unzureichend, es zeigt aber, daß das Landeswirtschaftsamt mit den in Betracht kommenden Wirtschaftsstellen im engsten Einvernehmen arbeitet.

Wenn auch die zur Verfügung gestellten Kontingente durchaus unzureichend sind, so ist doch gegenüber dem Zustande, der vor Juli 1946 bestand, darin ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen, daß das Landeswirtschaftsamt mit bestimmten Kontingenten rechnen kann, wogegen vor Juli 1946 die ganze Bewirtschaftung auf tönernen Füßen stand. Es wird Aufgabe des Landeswirtschaftsamtes sein, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und mit der erhöhten Aufbringung von Häuten auch günstigere Zuweisungen für die niederösterreichische Bevölkerung zu erwirken.

Über die Lage auf dem Textilsektor gebe ich für die Monate Juli, August und September folgenden Bericht:

Seit Juli 1946 sind die Produktionsfirmen der Textilindustrie verpflichtet, dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau allmonatlich genaue Produktionsmeldungen abzugeben. Auf Grund von Verhandlungen des Landeswirtschaftsamtes mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau wurde unter Hinweis auf die besonders ungünstige Versorgungslage mit Textilien durchgesetzt, daß 50% der in Wien, Niederösterreich und Burgenland erzeugten Textilien wieder den Ländern Niederösterreich und Burgenland zugeteilt werden. Vor dieser Vereinbarung war der größere Teil der Produkte durch die Vielfalt der Geschäfte und Geschäftsverbindungen in Wien verblieben. Weiters hat über Anregung des Landeswirtschaftsamtes das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verfügt, daß die Produktionsfirmen der Textilindustrie die 50%ige Auslieferung allmonatlich dem Landeswirtschaftsamt, aufgeschlüsselt nach belieferten Firmen, Warenart und Anzahl, zu melden haben. Dadurch ist dem Landeswirtschaftsamt eine wichtige Kontrollmöglichkeit gegeben. Es muß allerdings dahingestellt bleiben, ob es möglich sein wird, auch für die Zukunft die Quote von 50% zu erhalten, zumal die anderen Bundesländer zum Teil wohl begründete Einwendungen gegen diese Art der Aufschlüsselung erheben.

In letzter Zeit hat es sich eingebürgert, daß Textilindustrie und -handel sogenannte Exportwaren auch im Inland bezugscheinfrei zu weit überhöhten Preisen abgegeben haben. Dadurch konnte die Zuteilung nicht kontrolliert werden und ergaben sich berechtigte Beschwerden der Bevölkerung. Das Landeswirtschaftsamt ist dagegen eingeschritten und hat den Unfug abgestellt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Waren, die im Inland erzeugt und im Inland verkauft werden, auch nur zu Inlandspreisen berechnet werden dürfen.

Es wird Sie selbstverständlich auch interessieren zu erfahren, welche Mengen an Textilwaren in Niederösterreich zur Ausgabe gelangen. Auf Grund ausgegebener Bezugscheine wurden in den Monaten Juli, August und September in Niederösterreich an die Bevölkerung abgegeben: 139.563 Stück Leibwäsche, Westen, Pullover, 16.647 Stück Oberkleidung verschiedener Art, 18.619 Stück Oberkleidung für Frauen, Mädchen und Kleinkinder, 1397 Stück Wintermäntel, 1054 Stück sonstige Mäntel und Überkleidung, 15.149 Stück Bett- und Hauswäsche, 91.529 Meter verschiedener Stoffe, sogen. Meterware. Diese Zahlen sind im Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf lächerlich gering und es ist daher begreiflich, wenn die Bevölkerung mit solchen Zuteilungen



nicht zufrieden sein kann. Vielfach wird der Ruf nach Kleiderkarten laut, da das Bezugscheinverfahren zu langwierig und umständlich ist und auf Grund der Kleiderkarte für jede Person, wenn auch geringfügige Mengen, aber doch bestimmte Quanten bezogen werden können. Aus den vorhin angeführten Mengen ist aber zu ersehen, daß die Ausgabe der Kleiderkarten zwecklos ist, solange nicht doch ein gewisses Mindestquantum an Fertigprodukten vorhanden ist. Sobald wir in der Erzeugung so weit sind, daß wir wenigstens ein bescheidenes Maß an Textilien der Bevölkerung abgeben können, werden wir sofort auch an die Ausgabe von Kleiderkarten schreiten.

Die Niederösterreichische Landesregierung hat im Bewußtsein, daß diese geringen zur Verfügung stehenden Textilwaren nur den Bedürftigsten zukommen sollen, angeordnet, daß in allen Bezirken Wirtschaftsbeiräte gebildet werden, welche den Bezirkswirtschaftsämtern die Bedürftigsten unter den Ansuchenden bekanntgeben. Auf diese Art soll die Bevölkerung die Gewißheit haben, daß keine Protektion bei Verteilung von Textilwaren und Schuhen Platz greifen kann.

Ab Oktober dieses Jahres werden Strumpfwaren auch durch das Landeswirtschaftsamt kontingentiert und entfällt dadurch die so vielfach mit Recht kritisierte Lieferzusage.

Die Arbeitskleidung, die ebenfalls kontingentmäßig zugewiesen wird, wird vom Landeswirtschaftsamt direkt an die Betriebe zur Verteilung gebracht.

Sie sehen, meine Damen und Herren, daß im Sektor der bewirtschafteten Artikel noch ein fast unübersteiglicher Berg unsere weitere Entwicklung hemmt. Es wird Aufgabe der Bundesregierung sein, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Rohstoffe in ausreichendem Maße der österreichischen Industrie zur Verfügung gestellt werden, damit die Bevölkerung endlich mit den notwendigen Schuhen und Kleidern versorgt werden kann. Bei dieser Gelegenheit gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, daß ehe baldigst das Warenverkehrsgesetz im ganzen Bundesgebiet in Kraft treten kann, um so den gerechten Ausgleich im Lande Österreich zu treffen.

Ein Problem, über das in der Bevölkerung besonders heftig und eifrig diskutiert wird, ist die Beschaffung von Baumaterialien. Wenn wir bedenken, daß im Jahre 1945 fast keine Baustoffe erzeugt wurden, ist der Fortschritt, der im Jahre 1946 erzielt wurde, durchaus sehenswert und gibt Hoffnung für eine weitere günstige Entwicklung. Abgesehen von Rückschlägen, welche in der Zementindustrie eingetreten waren, ist die Erzeugung von Baustoffen im

Jahre 1946 durchaus in aufwärtssteigender Linie gewesen. Daß hiebei kaum übersteigliche Hindernisse überwunden werden mußten, muß wohl nicht besonders erwähnt werden. Die Zahlen aber, die bei der Übersicht der Behebung von Kriegsschäden in Niederösterreich gegeben werden, zeigen, daß doch schon namhafte Leistungen erbracht werden konnten. Vorerst möchte ich feststellen, daß die Verteilung der Baustoffe am Sitze der Bezirkshauptmannschaften erfolgt, und zwar in Wahrung demokratischer Grundsätze unter Beziehung von Vertretern der Kammern und der politischen Parteien.

Das Land Niederösterreich hat mit Rücksicht auf die ungeheuren Schäden die bisherige Zuteilungsquote gerügt und ist mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau in Verhandlungen getreten, um bessere Zuteilungskontingente für Niederösterreich zu erlangen. Es hat vor kurzem in Ischl eine Länderkonferenz stattgefunden, bei der es auch gelungen ist, eine bessere Kontingentierung für Niederösterreich zu erwirken. Vorerst muß ich feststellen, daß bisher Niederösterreich praktisch nur Baumaterialien aus der russischen Zone erhalten hat. In Hinkunft wird die Gesamtproduktion Österreichs in entsprechendem Ausmaß auch Niederösterreich zugute kommen. Von der Gesamtproduktion Österreichs fallen 20% der Baustoffe an die Alliierten, weitere 10% an sonstige Kontingenträger. Vom Rest der Gesamtproduktion Österreichs erhält nunmehr Niederösterreich 25%, so daß mit einer wesentlichen Steigerung der Kontingente für das Jahr 1947 zu rechnen ist. Diese Vereinbarung gilt ab 1. Jänner 1947. Nachstehend möchte ich Ihnen eine Gegenüberstellung geben, welche wichtigsten Baustoffe wir pro Monat im Jahre 1946 zugewiesen erhielten und welche Kontingente wir für das Jahr 1947 pro Monat auf Grund der bisherigen Produktion von 1946 erwarten können:

Dachpappe: 1946 70.000 Quadratmeter, 1947 150.000 Quadratmeter monatlich;

Dachziegel: 1946 400.000 Stück, 1947 600.000 Stück monatlich;

Mauerziegel: 1946 1.500.000 Stück, 1947 2.000.000 Stück monatlich;

Zement: 1946 2000 Tonnen, 1947 6000 Tonnen monatlich;

Glas: 1946 30.000 Quadratmeter, 1947 40.000 Quadratmeter monatlich.

Sie ersehen daraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es uns gelungen ist, eine wesentlich bessere Versorgung in Baumaterialien für das Jahr 1947 zu erwirken. Unsere Aufgabe wird es sein, noch weitere Fabriken und Werkstätten in Gang zu bringen,

um über diese erwarteten Baumaterialien hinaus noch größere Kontingente für den Wiederaufbau unseres Landes zu erreichen.

Wenn ich Ihnen nun eine kurze Übersicht über die Kriegsschäden in Niederösterreich und deren bisherige Behebung gebe, weiß ich, daß ich damit an eine der wundesten Stellen unseres Landes rühre.

Erste Voraussetzung für eine Behebung der Kriegsschäden wäre die Ingangbringung der Baustoffindustrie. In Niederösterreich gibt es noch eine ganze Menge von einschlägigen Werken, die teilweise wegen Fehlens der Maschinen, Rohmaterialien, Betriebsmittel, Verkehrsmittel oder wegen Arbeitermangels brachliegen. Es ist eine der wichtigsten Obsorgen des Landes, diese Betriebsstätten wieder in Gang zu bringen, weil sonst keine weitere Planung möglich ist. Die bisher geleisteten Arbeiten können sich auch in ihrem bisherigen Ausmaß wohl sehen lassen. Eine große Anzahl von Fabriken und gewerblichen Unternehmungen konnte wieder in Schwung gebracht werden. Wenn wir bedenken, daß im Jahre 1945 in Niederösterreich fast keine Baustoffe erzeugt wurden und damit jene Zahlen vergleichen, die den Ausstoß an Baumaterialien im Jahre 1946 darstellen, dann ist ein Aufschwung in dieser Richtung festzustellen, der nicht erhofft werden konnte. Die bisher erzielten Erfolge geben uns die Zuversicht, daß bei zielbewußter Fortführung der Arbeiten wir im Jahre 1947 einen gewaltigen Schritt nach vorwärts kommen werden und wir hoffen somit, bereits Mitte nächsten Jahres beim größten Teil der Baustoffe in die freie Wirtschaft gehen zu können.

Nachfolgend gebe ich Ihnen eine kurze Übersicht über die verschiedenen Schäden, die der Krieg dem Lande Niederösterreich geschlagen hat.

Die Wohngebäudeschäden wurden in rund 1750 Gemeinden erhoben. Bei rund 250.500 Wohngebäuden ergaben sich große Kriegsschäden an über 55.500 Häusern. Hievon sind 35.629 Häuser leichter beschädigt, 12.366 Häuser wurden bisher wieder hergestellt. 12.867 Häuser haben Schäden bis 50% und wurden hievon bisher 2656 wieder hergestellt. Vollkommen zerstört wurden in Niederösterreich 7028 Häuser und konnten hievon nur 324 wieder hergestellt werden. Die Herstellungskosten bei Wohngebäuden belaufen sich derzeit unter Einschluß der Randgemeinden auf rund 850 Millionen Schilling. Hiezu kommt noch eine große Anzahl von Scheunen, Ställen, sonstigen landwirtschaftlichen Objekten, Weinkellern, desgleichen eine große Anzahl von Werkstätten und Lagerräumen, deren Wiederherstellungskosten in dieser Zahl nicht ent-

halten sind, jedoch in der Gesamtheit mit mindestens 20 Millionen Schilling zu schätzen sein dürften. Die baulichen Schäden an Industriegebäuden müssen mit 1 Milliarde Schilling eingeschätzt werden. Ein Teil dieser Industriegebäude wird allerdings nicht mehr wiederhergestellt werden. Die Schäden an Flußbauten, wie Wehranlagen, Feldwegbrücken, Rollfähren usw., müssen mit rund 16 Millionen Schilling veranschlagt werden. Bisher wurden insbesondere Dämme wiederhergestellt, Bombentrichter zugeschüttet und Uferschutzgebirge beseitigt. Diese Arbeiten wurden von der öffentlichen Hand ausgeführt, während von der Industrie zur Inbetriebsetzung ihrer Werke mehrere Wehrbauten durchgeführt wurden. An der Donau wurden fünf Rollfähren instandgesetzt und eine provisorische, bzw. jetzt definitive Fähre in Tulln neu errichtet. Die Schäden an Entwässerungsanlagen, an Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen müssen mit etwa 10 Millionen Schilling geschätzt werden. Bisher wurden Schäden mit einer Kostensumme von 1 Million 200.000 Schilling behoben.

In Krankenhäusern, Schulen, Erziehungsanstalten, Siechenhäusern, aber auch in Gewerbebetrieben sind Schäden an Maschinen, wärmetechnischen und elektrotechnischen Anlagen in der Höhe von 15 Millionen Schilling entstanden. Eine Schadensbehebung konnte bisher nur in der Höhe von 1 Million Schilling vorgenommen werden.

Über die Kriegsschäden an Straßen und Brücken habe ich in diesem Hause in der letzten Session bereits einmal berichtet. Heute will ich Ihnen nur mitteilen, daß bis Ende dieses Jahres ein Betrag von 6 Millionen Schilling für Schadensbehebungen aufgewendet sein wird. Die Beseitigung aller Schäden wird allerdings einen Kostenaufwand von 55 Millionen Schilling bedingen.

Die Kriegsschäden, von welchen Niederösterreich in stärkstem Ausmaß betroffen wurde, haben den Anlauf und die Weiterentwicklung auch der Industrie dieses Landes maßgeblich beeinflusst. Die niederösterreichische Industrie hat im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht nur an Gebäuden und Produktionsmitteln große Schäden erlitten, sondern auch wertvolle Vorräte an Rohmaterialien, Hilfsstoffen, Halbfabrikaten usw. verloren, die derzeit überhaupt nicht oder nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten wieder beschafft werden können. Verschärfend wirkt sich noch der große Mangel an Transportmitteln aller Art aus, der nicht nur den Wiederaufbau und die Instandsetzung, sondern auch den Produktionsgang selbst hemmt. Die von den Alliierten

zur Verfügung gestellten Transportmittel mußten in erster Linie für die Heranbringung und Verteilung von Nahrungsmitteln verwendet werden.

Mit Rücksicht auf den großen Ausfall von Motoren, Werkzeugmaschinen, Werkzeugen usw. konnte trotz größter Anstrengungen der Wiederaufbau der Industrien Niederösterreichs nur verhältnismäßig langsam und in unbefriedigendem Ausmaß vor sich gehen.

Die Sektion Industrie und Bergbau der Kammer Niederösterreich betreut derzeit 2218 Betriebe. Hievon konnten 15% die Arbeit noch nicht wiederaufnehmen. Von den verbleibenden 1888 Betrieben beschäftigen derzeit 1026 Betriebe bis zu 6 Arbeitskräften. Von den restlichen 862 Betrieben liegen detaillierte Meldungen nur von 460 Betrieben vor. Davon haben

212 Betriebe	...	6 bis	20	Arbeitskräfte
121	"	21	"	50
53	"	51	"	100
41	"	100	"	250
19	"	250	"	500
13	"	500	"	1.000
1	"	über	1.000	"

In den letzten Monaten hat sich die Zahl der Betriebe mit über 6 Arbeitskräften langsam, aber stetig vergrößert. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß der nach Kriegsende eingetretene Schrumpfungsprozeß in der Industrie hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten im wesentlichen zum Stillstand gekommen ist. In den letzten Monaten hat sich der Stand der Beschäftigten um ungefähr 5% erhöht. Das Ansteigen der Beschäftigtenziffer ist im wesentlichen bedingt durch Bau- und Instandsetzungsarbeiten, welche durch das Anlaufen der Bauindustrie angekurbelt werden konnten, sowie durch vermehrte Beschäftigung in den Herbst-Kampagnebetrieben und in der Textilindustrie, in welcher letzterer Industrie ein Ansteigen der Lohn- und Veredlungsarbeiten festzustellen ist. Die Zahl der in der Industrie Niederösterreichs Beschäftigten beziffert sich derzeit auf schätzungsweise 75.000 Arbeiter und 7000 Angestellte, das sind ungefähr 50% des Beschäftigtenstandes des Jahres 1937.

Nach den wichtigsten Industriezweigen aufgegliedert entfallen von der derzeitigen Gesamtproduktion der niederösterreichischen Industrie auf die Textilindustrie zirka 22%, Eisen- und Metallwarenindustrie zirka 12%, Maschinen-, Papier- und Stein- und keramische Industrie zirka je 8%.

Die Ausnutzung der bereits in Betrieb befindlichen Werke, gemessen an der räumlichen und maschinellen Kapazität des Jahres 1937, zeigt derzeit folgendes Bild:

8% der Betriebe arbeiten mit 100%iger Kapazitätsausnutzung,

30% mit einer Kapazitätsausnutzung zwischen 51 und 99%,

38% mit einer Kapazitätsausnutzung zwischen 26 und 50%,

24% mit einer Kapazitätsausnutzung bis 25%.

Die Arbeitszeit in den bereits in Betrieb befindlichen Werken beträgt

bei 5% der Betriebe bis zu 30 Stunden,

bei 9% der Betriebe zwischen 31 und 47 Stunden,

bei 60% der Betriebe 48 Stunden und

bei 26% der Betriebe mehr als 48 Stunden.

Der Wert der gesamten Produktion der niederösterreichischen Industrie, ausgenommen die Erdölindustrie, kann nur schätzungsweise angegeben werden und dürfte sich derzeit im Monat zwischen 50 und 60 Millionen Schilling bewegen.

Wenn wir bedenken, daß im Jahre 1945 die Industrie und das Gewerbe Niederösterreichs fast mit Nichts zu arbeiten begonnen haben, so ist es erfreulich, daß wir bisher doch schon die Hälfte des Beschäftigtenstandes von 1937 erreicht haben. Dieser Erfolg darf uns aber in keiner Richtung hin täuschen. Noch immer sind viele tausende Arbeiter unseres Landes von einer normalen Beschäftigung ausgeschlossen. In vielen Betrieben wurden durch Initiative der Arbeiter und Unternehmer in selbstloser Arbeit unter geradezu unglaublichen Verhältnissen die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Produktion geschaffen. Ich möchte diese Gelegenheit benützen, um von dieser Stelle aus der Arbeiterschaft und den Unternehmern für diese geleistete Arbeit den Dank auszusprechen.

Es wird aber vielfach nicht zweckmäßig gearbeitet und die wenigen vorhandenen Rohmaterialien nicht so verwendet, daß sie wirklich zur Herstellung nützlicher Produkte eingesetzt werden. Hier wird eine großzügige Planung einsetzen müssen, die im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Ministerien und den Kammern aufgestellt werden muß. Ohne Industrie ist Niederösterreich überhaupt nicht denkbar und lebensfähig.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen auch über den Stand der Verhandlungen bezüglich Errichtung des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug berichten. Es ist wohl nicht notwendig, Ihnen zu sagen, daß dieses große Werk für Niederösterreich von lebenswichtiger Bedeutung ist. Dieses Werk bedarf zum Ausbau eine Arbeitszeit von mindestens fünf Jahren. Wenn es aber fertiggestellt ist, wird es ein

Arbeitsvermögen von rund 1 Million Kilowattstunden pro Jahr besitzen.

In Verhandlungen mit den Bundesministerien für Elektrifizierung und Energiewirtschaft, für Handel und Wiederaufbau und für Land- und Forstwirtschaft wurde erreicht, daß ein eigenes Projektierungskomitee gebildet wurde, bestehend aus Vertretern der Länder Niederösterreich, Oberösterreich und Wien und den Vertretern der drei genannten Ministerien. Dieses Komitee hat Herrn Professor Grzywieski von der Technischen Hochschule in Wien mit der Projektierungsausarbeitung betraut. Von 28. bis 31. Oktober 1946 fand bereits unter Vorsitz des Landwirtschaftsministeriums eine Vorprüfung der bisherigen Projektierungsarbeiten durch Sachverständige der Länder und Vertreter der Landeslandwirtschaftskammern und sonstiger Behörden und Interessenten an Ort und Stelle statt. Hierbei wurden alle maßgebenden Faktoren gehört und wurden hierbei auch die Auswirkungen der vorgesehenen weiteren Stauerhöhung von 1½ Meter auf 9 bis 11 Meter erörtert, weiter Fragen der Land- und Forstkultur und der Auswirkung des Staues bis oberhalb Grein, der Stromregulierung und Schifffahrt, der Hochwasserabfuhr, der Geschiebe- und Eisführung, der Stauregelung, der Auswirkung auf Ortschaften und Bauten, der voraussichtlichen Eintiefung der Flußsohle unterhalb des Werkes und der Auswirkung auf die beiderseitigen Ufer bis Pöchlarn. Schließlich wurden Angelegenheiten der Landschaftsgestaltung, der Straßenbauten und sogenannte Rahmenpläne für in Zukunft etwa durchzuführende weitere Kraftwerke erörtert. Es ist interessant, zu wissen, daß im Zuge der Herstellung dieses Kraftwerkes auch eine neue Straßenbrücke über die Donau zwischen Ybbs und Persenbeug geschaffen werden wird.

Ich hoffe, daß es gelingen wird, die mit diesem Projekt verbundenen großen Schwierigkeiten zu beseitigen und an die Ausführung schon im Frühjahr 1947 zu schreiben.

Österreich war vor dem Jahre 1938 ein Fremdenverkehrsland von anerkanntem Ruf. Hierbei hat das Land Niederösterreich eine besondere Stellung eingenommen. Wenn wir das Unheil, das das nazistische Erbe uns hinterlassen hat, klar vor Augen haben wollen, brauchen wir uns nur umzusehen, wie es mit den Fremdenverkehrseinrichtungen in Niederösterreich derzeit bestellt ist. Der ganze Semmering ist heute vollkommen ausgeschaltet und fehlt es an den primitivsten Einrichtungen zur Beherrschung der Fremden. Die Schäden in diesem Gebiete sind in Zahlen kaum auszudrücken, insbesondere deswegen, weil die Neanschaffung von Inventar ein unlösbares

Problem darstellt. Wenn auch in der Stadt Baden die äußeren Schäden vielleicht nicht so arg sind, so ist auch gegenwärtig noch nicht daran zu denken, Fremde nach Baden zu rufen. Es handelt sich bei der Frage des Fremdenverkehrs nicht nur um die Lebensgrundlage für viele tausende Menschen, für das Land ist der Entfall an Steuern auf die Dauer untragbar. Es werden alle nur irgend wie möglichen Wege beschritten werden müssen, um schon in diesem und im nächsten Jahr wenigstens einen Grundstock für die Wiederaufrichtung der Fremdenverkehrsbetriebsstätten zu schaffen. Es muß eine großzügige Subventions- und Kreditbeschaffungsaktion eingeleitet werden, damit die jetzt erwerbslosen Personen der Fremdenverkehrsindustrie wieder in einen geregelten Arbeitsprozeß eingegliedert werden und bei Wegfall der bestehenden äußeren Hemmnisse der Fremdenverkehr wieder in das Land und insbesondere in die Fremdenverkehrszonen geleitet wird. Wir geben uns keiner Täuschung hin, daß dieses Problem nur mit Anspannung aller Kräfte gelöst werden kann. Wir werden aber darangehen müssen, wenn nicht für das Land Niederösterreich und seine Bevölkerung ein dauernder unbehebbarer Schaden entstehen soll.

Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, Ihnen ein Bild über die wirtschaftliche Lage des Landes, wie es sich im Herbst 1946 darstellt, zu geben und war bestrebt, möglichst objektiv die Tatsachen zu schildern. Sie sehen daraus, welch großes Arbeitsgebiet für Sie, für die Niederösterreichische Landesregierung und den gesamten Verwaltungsapparat des Landes vorliegt.

Ich war bestrebt, Ihnen zu Beginn der zweiten Session des Niederösterreichischen Landtages die Plattform zu zeigen, auf der wir stehen und auf der wir uns bewegen müssen, von der aus wir unsere Arbeit für die Zukunft lenken müssen. Die Zusammenarbeit in der Niederösterreichischen Landesregierung und im Landtag war bis jetzt vom Geiste demokratischer Zusammenarbeit getragen und gebe ich der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß wir alle auch in Zukunft zu festgebundener Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen bleiben. Dies erwartet von uns das gesamte Volk Niederösterreichs, dies sind wir unserem Vaterlande schuldig.

In den letzten Wochen wurde fast in jedem Orte Niederösterreichs „950 Jahre Österreich“ gefeiert. Diese Feiern waren von überströmendem Glück beseelt, daß Österreich wieder uns Österreichern gehört, daß wir nicht mehr Fremdlinge in der Heimat sein brauchen. Im

Gedenken an dieses wiedererstandene Österreich grüße ich daher unsere brave Bevölkerung Niederösterreichs und gebe der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß die zweite Session des Niederösterreichischen Landtages durch gediegene und ersprießliche Arbeit die gestellten Hoffnungen erfüllen wird. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*)

PRÄSIDENT: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Präsident Endl.

ENDL: Ich beantrage die Eröffnung der Debatte über den Bericht des Herrn Landeshauptmannes.

PRÄSIDENT: Es wurde der Antrag auf Eröffnung der Debatte über den Bericht des Herrn Landeshauptmannes gestellt. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, welche für die Eröffnung der Debatte sind, die Hand zu erheben. (*Geschieht.*) Ich konstatiere die Annahme.

Ich eröffne die Debatte und erteile als erstem Redner das Wort dem Herrn Abgeordneten Ing. Kargl.

Landeshauptmannstellvertreter Ing. KARGL: Hohes Haus! Wir haben einen umfassenden Bericht des Herrn Landeshauptmannes und Zahlen gehört, die wir momentan alle gar nicht fassen konnten und dessenungeachtet sind diese Zahlen derart, daß sie leider nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirken. Aber denken wir nur an die Zeit vor dem Jahre 1938 zurück, wo unser Land von einem Gegner überrannt wurde, dem weder unser Nachbar, die Tschechoslowakei, weder Polen noch Frankreich standhalten konnten und wo es nötig war, daß beinahe die ganze Welt sich einigte, um ihn niederzuringen und uns zu befreien.

Im Jahre 1939 begann der Krieg, der total geführt wurde und wir, die wir den Krieg gar nicht wollten, wurden in diesen hineingezerrt. Unsere braven Söhne mußten, ob sie wollten oder nicht, für eine Sache mitkämpfen, die ihnen vollkommen fremd war. Nach so und so vielen Jahren Krieg mußte der Krieg im Jahre 1945 noch über unser Land hinweggehen und insbesondere wir in Niederösterreich wurden von den Kriegshandlungen stark in Mitleidenschaft gezogen. Es muß daher ganz besonders gewürdigt werden, was bisher geleistet wurde, trotzdem es nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist. Denken wir nur daran, was die Landwirtschaft geleistet hat und unter welchen Sorgen und unter welchen Produktionsbedingungen sie die Felder bestellte. Schauen wir, wie es heute draußen ist, wie selbst Greise draußen auf den Feldern arbeiten, ohne irgend eine Hilfe. Wenn wir dann hören,

daß Niederösterreich das Land ist, das bis heute am besten abgeliefert hat, dann müssen wir das anerkennen und müssen unserer braven Bauernbevölkerung auch dafür dankbar sein.

Wie Sie alle wissen, wurde durch die gewaltsame Besetzung im Jahre 1938 leider Gottes auch viel Privateigentum durch den damaligen Staat enteignet, viele Ländereien, die Österreich gehörten, sind einfach Reichsgut geworden. Dadurch ist jetzt viel Boden unserer Kontrolle entzogen und ich muß Ihnen offen sagen, daß es mich sehr gefreut hat und wir dafür sehr dankbar sind, was Herr Oberst Kostkin hier für uns geleistet hat. Ich erinnere mich da an eine Begebenheit, wo ich zufälligerweise Zeuge war, als nämlich durch Herrn Oberst Kostkin dem Deutschen Ritterorden wie auch dem Guttmann und noch vielen anderen ihr Eigentum zurückgegeben wurde. Wir sind für jeden Quadratmeter Boden, der unter unsere Kontrolle kommt, dankbar. Wir hoffen, daß dies nur der Beginn war und bitten gleichzeitig Herrn Oberst Kostkin, auch weiterhin bemüht zu sein, damit wir das uns im Jahre 1938 geraubte Gut zurückbekommen, um so für unsere Bevölkerung besser sorgen zu können.

Ich will nun von der Baustoffbewirtschaftung in Niederösterreich einiges sagen; es ist das das unangenehmste Kapitel. Ich werde, und das beruhigt mich einesteils, nicht nur von den anderen Parteien, sondern auch von der eigenen Partei angegriffen, aber wo nichts ist, kann man eben nichts geben. Die Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellen, die Baustoffindustrie in Schwung zu bringen, sind unsagbar. Ich habe schon erwähnt, daß gerade über unser niederösterreichisches Land die Kriegshandlungen hinweggegangen sind und daß gerade von unserem Land noch vor Kriegsende viele wichtige Maschinen und Maschinenteile in die westlichen Länder verlagert worden sind. Wir müssen aber aufbauen, obwohl wir durch die unselige Zoneneinteilung von nirgends etwas bekommen. War es der Arbeiterschaft und den Unternehmern möglich, einen Industriezweig soweit zu bringen, daß er in Betrieb gesetzt werden sollte, dann kamen womöglich die Schwierigkeiten bei der Energieversorgung oder der Kohlenbelieferung. Wie der Herr Landeshauptmann schon erwähnt hat, kam dann noch die Zementmisere im allgemeinen dazu. Kaum beginnt man ein Werk in Betrieb zu setzen, stellt sich wieder ein neuer Mangel ein, der auch wieder durch die Kriegshandlungen bedingt ist. Anlässlich der letzten Länderkonferenz, bei der ich Niederösterreich vertreten habe, haben wir endlich die Länder dazu bekommen, einen gesamtösterreichischen Standpunkt einzunehmen. (*Bravo-*

rufe.) Eigentlich wäre das eine Selbstverständlichkeit, aber es ist leider nicht so. Hier und da hatte man sogar den Eindruck, als ob der eine oder andere die Demarkationslinie am liebsten als Dauererscheinung wollte. Wir haben bis heute zirka 20 bis 22% des Bedarfes an Baumaterialien erhalten, ein Bettel, der uns von seiten des Ministeriums zugeteilt wurde, vollkommen unzureichend, um an einen Aufbau in Niederösterreich überhaupt zu denken. Bei der Tagung in Oberösterreich, bei der dieses Bundesland seinen Anteil von 13% auf 25% erhöhen wollte, ist es mir gelungen, für Niederösterreich einen Anteil von 25% der gesamten Produktion an Baumaterialien in ganz Österreich durchzusetzen. *(Beifall.)*

Anlässlich der letzten Konferenz der Landeshauptleute beim Herrn Kanzler wurde von seiten der Landeshauptleute diese Vereinbarung auch bestätigt und wenn sie gehalten wird, braucht uns ab 1. Jänner 1947 für den Wiederaufbau Niederösterreichs nicht mehr bange zu sein. *(Neuerlicher, lebhafter Beifall.)*

Darf ich Ihnen noch die letzten Beschlüsse der Landeskommission, in welcher je ein Vertreter der Arbeiterkammer, der Landwirtschaftskammer und der Wirtschaftskammer ist, bekanntgeben, wie wir diese für uns anfallenden Baumaterialien verteilen? Von den gesamten Materialien gehen 20% an die Alliierten, 10% an Sonderbaustellen, 10% an die Landeskommission und 60% direkt an die Bezirkshauptmannschaften, bei welchen laut eines Beschlusses der Landesregierung vom September Baustoffkommissionen, genau so wie eine solche beim Land, errichtet worden sind. Es ist daher in Hinkunft jedem Bezirk draußen möglich, das zu bauen, was er am dringlichsten hält. Wir werden den Bezirken niemals mehr eine Dringlichkeit vorschreiben. Wenn dem einen Bezirk die Industrie am dringlichsten erscheint, wird er die Industrie mit den anfallenden Baustoffen betreiben, in einem anderen Bezirk der Wohnhausbau am wichtigsten, dann wird eben der Bezirk Wohnhausbauten errichten. Ist wieder in einem anderen Bezirk der Wiederaufbau der Landwirtschaft am notwendigsten, dann werden eben Stallungen, Scheunen usw. hergestellt. Braucht in einem Bezirk jemand ein Badezimmer oder ein neues Wochenendhaus und werden hierfür Baumaterialien zugewiesen, dann wird das eben der Bezirk zu verantworten haben und nicht mehr wir. Es ist infolgedessen nicht nur die Verantwortung, sondern auch die gesamte Kontrolle in den Bezirk hinaus verlegt. Die Landeskommission behält sich nur 10% für hier bereits bewilligte Bauvorhaben zurück, die nur mehr fachlich überprüft werden. Sie gehen dann an die

Bezirke und werden von dort aus behandelt. Die Landeskommission behält sich nur mehr industrielle und öffentliche Bauten vor, und zwar aus dem Grunde, weil wir bis zu einem gewissen Grade den Aufbau der niederösterreichischen Industrie lenken wollen. Wir möchten soweit als möglich allen Industriezweigen entgegenkommen und sehen es absolut nicht gerne, daß nur eine Exportindustrie nach der anderen aufgerichtet wird, während die Bevölkerung in Niederösterreich weder Schuhe noch Kleider noch sonst etwas zum Anziehen hat.

Ich glaube, nachdem sich zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes viele Redner zum Worte gemeldet haben, meine Ausführungen abschließen zu können. Ich hoffe, daß, wie es bei der Rückgabe von Grund und Boden in Niederösterreich der Fall war, auch hier die Alliierten zur Einsicht kommen, daß das österreichische Volk nichts anderes wollte als den Frieden und auch jetzt nichts anderes will als den Frieden. Ich bin überzeugt, wenn sich diese Einsicht durchsetzt, daß Österreich für die gesamte Welt ein Hort des Friedens sein wird, was sich dann insbesondere für unsere braven Niederösterreicher auswirken wird. *(Großer Beifall.)*

VESELY: Hoher Landtag! Wir eröffnen mit dieser heutigen Sitzung die zweite Session des Niederösterreichischen Landtages. Fast ein Jahr nach den Wahlen am 25. November 1945, als wir als freigewählte Vertreter des niederösterreichischen Volkes damals in dieses Haus Einzug hielten, waren wir nicht von hochgeschwellten Hoffnungen erfüllt, aber wir dachten immerhin, daß es uns nach Überwindung des Provisoriums doch möglich sein wird, rascher zur Konsolidierung der staatlichen und politischen Verhältnisse und rascher zu einem Wiederaufbau unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu kommen. Wir müssen aber leider heute feststellen, daß wir uns da trügerischen Hoffnungen hingeeben haben. Gewiß ist manches, in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse vielleicht sogar vieles geschehen, aber auf dem fundamentalen Gebiet, auf dem Gebiet unserer staatlichen und wirtschaftlichen Zukunftsaussichten, ist eher ein Rückschritt als ein Fortschritt zu verzeichnen. Es ist klar, daß wir uns da nach den Ursachen dieser für uns so wenig erfreulichen Entwicklung fragen müssen. Wenn ich die Frage nach den Ursachen aufwerfe, so muß ich mich der Worte des Dichters Anastasius Grün bedienen, der sie damals im Namen des österreichischen Volkes an den Kanzler Metternich gerichtet hat: „Darf ich so frei sein, frei zu sein zu sagen, was ich denke?“ Wenn wir uns diese Freiheit nehmen, dann müssen wir leider fest-

stellen, daß die Ursache an der nichtbefriedigenden Entwicklung teils bei den alliierten Mächten, teils bei uns selbst liegt. Es ist klar und jedermann weiß es, daß nach einem Krieg, noch dazu nach einem verlorenen Krieg — obwohl wir uns nicht zu den Verlierenden zählen, weil wir den Krieg weder als Angreifer noch als Sieger oder Besiegte geführt oder beendet haben —, das Los für den Sieger und den Besiegten ein schweres ist. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß das Los, das uns beschieden ist, über das notwendige Ausmaß der Folgen hinausgeht, die nach jedem Krieg in jedem Lande zu verzeichnen sind. Werfen wir nur unseren Blick auf das siegreiche Rußland, so müssen wir feststellen, daß der Schaden in diesem siegreichen Land sowie Not und Elend der Bevölkerung dort grenzenlos sind. Es hat also der Sieger meist ebenso wenig von seinem Sieg wie der Besiegte. Daraus ergibt sich die logische Konsequenz, daß es das Bestreben aller Menschen sein muß, Kriege überhaupt zu vermeiden. Wir gehören zu den Besiegten und unser Los muß hart und schwer sein, aber es müßte vielleicht nicht so schwer sein, als es tatsächlich ist.

Als wir in den bekannten Tagen der Nazi-herrschaft uns abends ans Radio schlichen, um das zu hören, was wir nicht hören sollten, da hörten wir, daß mit der Londoner Deklaration vom 5. Juni 1943 beschlossen wurde, daß die Rückgabe alles geraubten Eigentums an die von Nazideutschland überfallenen Länder nach dem Kriege eine Selbstverständlichkeit sein wird. Da freuten wir uns, denn auch uns ist durch die Nazi sehr viel geraubt worden. Kurze Zeit später hörten wir wieder von der Moskauer Deklaration, in der es hieß, daß Österreich als das erste der von Nazideutschland überfallenen Länder seine staatliche Unabhängigkeit und Freiheit zurückerhalten soll. Wir hatten damals nur den einen Gedanken, alles zu tun, um zu helfen, daß dieses Regime zu Fall gebracht wird, damit wir in den Genuß dieser Verheißungen kommen könnten. Das war unsere Hoffnung. Der Krieg ging zu Ende, es kamen die Potsdamer Beschlüsse vom Juni 1945 und hier mußten wir zum erstenmal einen Rückschlag erfahren. Es wurde nämlich dort die Frage des reichsdeutschen Eigentums aufgeworfen, die leider bis jetzt noch nicht geklärt ist. Es wurde damals die Zoneneinteilung beschlossen, an der wir so zu leiden haben. Es wurden damals auch Zahlen über unsere Verpflichtung, betreffend Bestreitung der Besatzungskosten festgelegt, alles Dinge, die wir heute als so drückend empfinden und die sich grundlegend auf unsere ganze wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung auswirken.

Was wir so dringend brauchen, ist eine Währungsstabilisierung. Zu dieser können wir aber so lange nicht kommen, als wir die schweren finanziellen Opfer für die Besetzung auf uns nehmen müssen. Sie wissen ja alle, daß nach dem Ausweis der Nationalbank der Banknotenumlauf fünfmal so viel beträgt wie im Jahre 1938, d. h. 5133 Millionen Schilling. Hievon sind gedeckt durch den Barschatz an Gold und Golddevisen 9 Millionen, faktisch Null, denn wenn wir die 9 Millionen von den 5.133 Millionen abziehen, bleiben ungedeckt 5.124 Millionen Banknotenumlauf. Wir fragen uns, muß dieser Banknotenumlauf so sein? Ja, er muß so sein. Denn die Besatzungskosten haben bisher dem Staate 3600 Millionen Schilling gekostet. Wir wissen, daß im Jahre 1938 der Banknotenumlauf in Österreich 900 Millionen Schilling betragen hat und wenn wir rechnen, daß nach Abzug von rund 3600 Millionen Besatzungskosten vom Gesamtbanknotenumlauf noch 1524 Millionen übrigblieben, so sehen wir, daß auf Konto der allgemeinen inflationistischen Tendenzen, die wir in allen Ländern feststellen müssen, bei uns nicht mehr als 600 Millionen Schilling zu rechnen sind. Es wäre dies eine Zahl, die wir ertragen könnten, aber nicht ertragen können wir selbstverständlich die 3600 Millionen. Wir können zu dieser Frage nur mit dem Dichter sagen: „Meine Kräfte unterliegen hier einem zu harten Zwang.“

Wenn nach den letzten Vereinbarungen gesagt wurde, es werden in Hinkunft die Besatzungskosten nur 30% des Budgets betragen, dann müssen wir darauf antworten, auch diese 30% sind für uns untragbar. Nicht einmal ein wirtschaftlich gesundes und industriell reiches Land kann in normalen Zeiten eine 30%ige zusätzliche Belastung seiner Wirtschaft ertragen, um wieviel weniger dieser kleine Zwergstaat mit seiner vollkommen zertrümmerten Wirtschaft.

Wir haben keine normalen Produktionsverhältnisse, denn Sie wissen doch alle, wie viele Betriebe völlig zerstört worden sind; es wurden Demontagen durchgeführt, es fließen unkontrollierbar erzeugte Produktionsgüter ab, wir haben infolge der unseligen Zoneneinteilung nicht einmal die notwendigen Roh- und Hilfsstoffe und uns fehlt schließlich die Schillingbewertung im Ausland, um auf normalem Handelsweg im Ausland etwas zu erreichen.

Wir haben weiters ungeklärte Besitzverhältnisse, es fehlt uns an Arbeitskräften, es fehlt an der notwendigen Ernährung, an Kleidung usw. So betrachtet müssen wir sagen, wenn die Mächte nicht zur Erkenntnis kommen, daß das für uns untragbare Lasten sind, dann besteht



in absehbarer Zeit keine Aussicht, daß wir zu einer Währungsstabilisierung und damit zur Grundlage eines geordneten Staates kommen werden, im Gegenteil, wir verschulden uns auf Generationen hinaus. Unsere Kinder und Kindeskiner werden auf einen noch tieferen Lebensstandard herabsinken und die weitere Folge für unsere Generation wird zwangsläufig eine soziale Unruhe sein, die uns nicht zur Ruhe kommen lassen wird.

Es klingt absurd, daß trotz des fünffach gesteigerten Banknotenumlaufes wir trotzdem Mangel an den notwendigen Umlaufgeldern leiden. Auch das hat seine Begründung. Wenn wir von dem Banknotenumlauf von 5133 Millionen Schilling abziehen, was zur Bestreitung des Bundesbudgets notwendig ist, so ist eine Summe von 3.215 Millionen Schilling erforderlich. Wenn wir außerdem die nach dem Banknotenausweis fälligen Verbindlichkeiten des Staates von 3113 Millionen Schilling in Abzug bringen, dann sehen wir, daß der Banknotenumlauf nicht ausreicht; es ergibt sich nämlich hier ein Manko von 1195 Millionen Schilling. Wie kann nun dieses Manko beseitigt werden? Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine besteht darin, man setzt die Banknotenpresse in Tätigkeit; wohin das führt, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Die zweite Möglichkeit ist, durch kurzfristige Schatzscheine weiterzukommen. Das haben die Nazi auch gemacht, das ist aber nur ein Fortwursteln, ein Hinauszögern, aber keine Lösung. Wir sehen trotz des gewaltigen Banknotenumlaufes einen Mangel an Umlaufgeld. Dabei ist die Sache so, daß bei diesen fälligen Verbindlichkeiten des Staates nicht die gesperrten Verbindlichkeiten inbegriffen sind, das sind die auf Grund des Schillinggesetzes in der Postsparkasse, in den Banken usw. vorläufig erliegenden Einlagen im Betrage von 4314 Millionen Schilling. Wollten wir diese den Einlegern zurückgeben, dann müßte unser Banknotenumlauf auf 10 Milliarden anschwellen. Wir finden uns langsam damit ab, daß diese Einlagen nicht zurückgezahlt werden können, aber es ist so, daß unter den Einlegern viele kleine sind, von denen wir nicht sagen können, daß sie kein Anrecht auf ihre Einlagen hätten. Wir sehen also, auch hier spielen die 3600 Millionen Besatzungskosten eine gewichtige Rolle. Würden wir diese 3600 Millionen Besatzungskosten zu dem Manko von 1195 Millionen ins Verhältnis setzen, d. h. würden wir die Besatzungskosten streichen können, dann hätten wir auf einmal einen Überschuß von 2405 Millionen Schilling, d. h. wir könnten den Banknotenumlauf sofort auf weniger als die Hälfte reduzieren oder wir würden den Banknotenumlauf lassen, d. h. auf

dieser Grundlage die Währung stabilisieren, dann hätten wir das notwendige Betriebskapital, um unsere Wirtschaft anzukurbeln.

Nach diesem kleinen Ausflug ins Finanzpolitische möchte ich zu meiner Behauptung zurückkehren, daß an all diesen Dingen — das muß einmal gesagt werden — die Mächte, denen unser Schicksal anvertraut ist, zum Teil schuld sind. Sie alle wissen, die breiten Massen der arbeitenden Menschen leiden Hunger, sie haben Mangel an Bekleidung und Beheizung und noch dazu sind sie, wenn nicht auf dem Gebiete der Wiederherstellung Österreichs als einheitliches Wirtschaftsgebiet nach dem Rechten gesehen wird, von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht. Es gibt bereits eine Reihe von Betrieben, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, weil es ihnen an den Rohstoffen mangelt, die in anderen Teilen Österreichs sind. Wir haben Rohstoffquellen, die wir aber nicht benützen können. Wir haben aber auch Fabriken, die angeblich nicht uns gehören sollen und über deren Erzeugnisse uns daher kein Verfügungsrecht zusteht. Wir haben ferner landwirtschaftliche Produktionsgüter, die wir infolge der Wirtschaftsgrenzen nicht austauschen können. Wir hören, daß Tirol und Vorarlberg Vieh in die Schweiz, nach Bayern und nach Italien liefern, um dort dafür Kartoffeln einzutauschen, die wir ihnen von Niederösterreich aus liefern könnten. Wir hören ferner, daß dieselben Länder Käse und Butter ausführen, während wir hier auf UNRRA-Lieferungen warten müssen. Wir wissen weiter, daß diese Bundesländer Strom nach Deutschland liefern, während hier unser Wiederaufbau infolge des Mangels an elektrischer Energie schwer gefährdet ist. Wir hören schließlich, daß in der Steiermark die Äpfel auf den Bäumen erfrieren und daß dieses Jahr überhaupt erst ein Drittel des Obstes geerntet wurde, da es an Arbeitern und an Transportmitteln fehlt, um es weegzuschaffen. Bei den Erdäpfeln ist es dasselbe. Diese werden jetzt rasch herausgenommen, weil man sie nicht ganz erfrieren lassen will; man gibt sie in die Lagerhäuser auf die guten Erdäpfel, so daß die guten noch von den schlechten angesteckt werden und zu faulen beginnen. Es erscheint uns unfassbar, daß es nicht möglich sein sollte, durch ein Zusammenwirken aller diese Dinge auszugleichen. Wir hören z. B., daß nach Mödling im letzten Monat 10.000 kg Kartoffeln geliefert wurden, die nicht verkauft werden konnten und die jetzt zum Preis von 18 Groschen als Viehfutter abgegeben werden, wobei darum noch eine große Nachfrage ist.

Wir haben vor einigen Tagen die Nachricht bekommen, daß in einigen Teilen der Oststeier-

mark noch der Hafer auf den Feldern steht; das sind Dinge, die wir nicht aus propagandistischen Gründen anführen, sondern das sind Tatsachen, die wir jederzeit beweisen können. Die Ursache hiezu liegt in den Zonenschranken. Was ergibt sich für uns daraus für eine selbstverständliche Forderung? Mächte, beseitigt die Zonenschranken, Mächte, gebt uns unsere Gefangenen, unsere Arbeiter zurück! (*Großer Beifall im ganzen Hause.*)

Durch alle diese Dinge leidet selbstverständlich auch das Prestige einer gesetzgebenden Körperschaft. Es werden vom Nationalrat Gesetze beschlossen, die nie beachtet werden oder überhaupt nicht in Kraft treten. Ich erinnere da nur an das Verstaatlichungsgesetz, an das Warenverkehrsgesetz und an das Nationalsozialistengesetz. Hiezu einige kurze Bemerkungen. Wir alle sind keine Freunde der Nazi, denn sonst säßen wir nicht hier. Aber eines müssen wir feststellen, wir können uns nicht unserer politischen Gegner auf die gleiche Art und Weise entledigen, wie es die Nazi gemacht haben, indem sie die ihnen unliebsamen Personen einfach in die Gaskammern schickten. Wir müssen vielmehr diese Leute umerziehen, es erwächst jedem einzelnen von uns die hohe Verpflichtung, aus diesen Menschen, soweit als möglich, anständige Mitbürger und Glieder der Gesellschaft zu machen. Dazu ist es notwendig, daß wir endlich sondieren zwischen den Unbelehrbaren und Unbrauchbaren und denen, die zu uns zurückkehren sollen. Das Gesetz, das beschlossen wurde, hat diese Sondierung vorzunehmen versucht. Es ist unverständlich, daß bis heute diesem Gesetz nicht die Zustimmung gegeben wurde. Wie oft kommen junge Lehrer zu mir, weil ich zufällig auch Lehrer bin, die mir sagen: Was soll ich noch alles machen; ich bin als junger Mensch zur Hitler-Jugend gekommen und ich bin bereit, alles zu machen, was man von mir verlangt. Wir bitten daher die Alliierten, gebt uns dieses Gesetz, nicht aus Liebe zu den Nationalsozialisten, sondern damit wir endlich eine Frage aus der Welt schaffen können, die für uns mit großen und schweren Folgen verbunden ist.

Ein anderes Gesetz von gleicher Bedeutung betrifft die Abgrenzung zwischen Wien und Niederösterreich. Das Gesetz ist im Landtag von Niederösterreich und von Wien beschlossen worden und es fußt auf einer Parteienvereinbarung im Parlament. Ob der Inhalt dieses Gesetzes gut ist und ob es überhaupt gut war, dieses Gesetz zu machen oder nicht, das sei hier nicht zur Debatte gestellt. Es ist aber einmal gemacht worden und es bedarf nur der Erledigung, denn diese 80 Randgemeinden ertragen den derzeitigen Zustand nicht mehr.

Dem Gesetz ist bisher die Zustimmung der Alliierten versagt worden; es ist ein Verfassungsgesetz und bedarf daher der Zustimmung aller vier Mächte. Man sollte doch glauben, daß es den Mächten gleichgültig ist, ob Wien ein Stückert größer oder kleiner ist. Die Besatzung ändert sich dadurch nicht. Ob die Ansicht der einen Seite, eine Großstadt zu machen, oder die Ansicht der anderen Seite, Wien so zu belassen, wie es 1938 war, richtig ist, das ist eine rein theoretische Frage; sie ist aber eine Angelegenheit, die nur die beiden Länder Niederösterreich und Wien angehen kann. Auch die Landesgesetzgebung leidet darunter. Wir tagen jetzt ein Jahr und was haben wir an Gesetzen beschlossen? Ganze zwei Blätter sind erschienen zu je einer Seite. Das ist also die Frucht unserer gesetzgeberischen Tätigkeit in einem Jahr. Man muß sich daher fragen, hat es überhaupt einen Sinn, in dieser Aufmachung hier zusammenzukommen? Wo liegt da die Ursache? Daran, daß fast auf keinem Gebiet die notwendigen Grundsatzgesetze vorhanden sind, die vom Bund beschlossen werden müssen. Dort ist eben die Gesetzgebung auch durch das erschwerende Problem der Kontrolle durch die Alliierten ungenügend behindert. Es ist so, daß auch unsere Tätigkeit sehr beschränkt und einigermaßen beeinträchtigt ist dadurch, daß es uns verwehrt ist, so zu sprechen, wie eben Volksvertreter sprechen müßten. Es wiederholt sich immer und immer, daß Abgeordnete oft wegen irgend einer Äußerung einfach verhaftet werden. Ich klage da nicht die eine oder andere Macht an, es haben dies alle gemacht, damit ist uns aber nicht gedient. Wir haben nichts davon, wenn auch in der Steiermark oder in Kärnten ein Abgeordneter verhaftet wird. Wir bitten vielmehr die Mächte, sich diesbezüglich mit unseren Behörden in Verbindung zu setzen, um den Gesetzen gemäß jeden zur Verantwortung zu ziehen, der sich gegen die Kontrollbestimmungen vergangen hat. Das soll aber nur im normalen Verfahren geschehen. (*Landesrat Schneidmadr: Und nach österreichischen Gesetzen!*) Alle diese Dinge führen zu einer Zunahme der Resignation des Volkes und das bedeutet eine Gefahr für die demokratische Entwicklung unseres Landes.

Mir ist vor einigen Tagen ein Provinzblatt in die Hand gekommen mit einem Leitartikel „Kleiner Mann, was nun?“ Was steht nun da drinnen nach der Darstellung der Verhältnisse, wie sie heute bei uns liegen, und welche Ratschläge werden da dem kleinen Mann erteilt? Es steht drinnen: Ziehe dich von der Politik zurück, verlasse die einzelnen Parteien, führe ein Leben für dich und warte, bis uns die

Großmächte sagen, welche Richtung wir gehen sollen. Das ist gewiß nicht Demokratie, wenn man den Leuten sagt, sie sollen an dem politischen Leben keinen Anteil nehmen. Wie kann ich aber anders am politischen Leben Anteil nehmen als im Rahmen einer der drei politischen Parteien. Wenn mir jemand sagt, er findet in keiner Partei seinen Platz, dann sag ich ihm, du findest ihn deswegen nicht, weil du auf eine Partei wartest, die noch gar nicht existiert. Wir kennen diese sogenannten Unpolitischen! Sie waren in Deutschland die stärkste Partei von 13 Millionen Nichtwählern und als dann der große Rattenfänger kam, da verlor für sie auf einmal das Wort „Partei“ jeden Schrecken, da waren sie auf einmal alle Nationalsozialisten. Aus dieser Stimmung der Resignation heraus scheint sich nun etwas Ähnliches vorzubereiten. All das sind Dinge, die wir uns überlegen müssen und an denen wir nicht achtlos vorübergehen können. Unser Volk hungert und friert, physisch und psychisch. Bereit, seine Schuld anzuerkennen und abzubüßen, ist es zur Erkenntnis gekommen, daß Schuld und Sühne in keinem Einklang stehen. Das ist aber kein Nährboden für eine gesunde demokratische Entwicklung, wenn ein Volk in Resignation verfällt. Das Wissen um die Tatsache des Einflusses der Zonen und des sogenannten Sicherheitsgürtels wirkt wie eine neuralgische Erscheinung, die aber durchaus nicht dazu angetan ist, die Schaffensfreude eines kleinen Volkes zu steigern. Im Gegenteil, je mehr ihm seine absolute Abhängigkeit zum Bewußtsein gebracht wird, desto mehr muß es der Resignation verfallen. Nicht das österreichische Volk hat diese Situation geschaffen, sondern die Mächte haben sie geschaffen, aber sie wollen es nicht wahr haben und versuchen nun ab und zu, diesen Zustand dem österreichischen Volk über Gebühr selbst anzulasten. Wenn beispielsweise ein Vertreter des französischen Parlamentes sagt, Österreich müsse erst über eine genügend starke Exekutive verfügen und ausreichend bewaffnet sein, um seine Grenzen schützen und aufrechterhalten zu können, ehe an einen Abzug der Besatzungstruppen zu denken ist, dann frage ich, wer verwehrt diesem Österreich, diese Vorbedingungen zu schaffen? Es ist gerade dieses Element gewesen, das gegen eine primitive Bewaffnung Einspruch erhoben hat. Wenn an dieser mangelnden Voraussetzung auch Geheimsitzungen des Parlamentes nichts ändern können, dann beweist das nur, daß man für die tragische Situation unseres Landes nicht das notwendige Verständnis aufzubringen vermag. Das schmerzt uns um so mehr, als wir Österreicher während der Nazizeit in unserem

Land jeden französischen Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeiter, wo immer es ging, als unseren Freund und Bruder behandelt haben.

Wenn die angesehene englische Zeitung „Times“ schreibt, ein Großteil der Verantwortung für die Mißstände trifft die Österreicher selbst, dann wäre darauf zu antworten, unsere eigenen Mißstände — wir kennen sie ja — werden wir selbst abstellen, soweit es irgend wie möglich ist, aber diese Mißstände verschulden keine 10% unserer furchtbaren Situation. Zu 90% handelt es sich um Mißstände, für die nicht wir verantwortlich sind, sondern es handelt sich da um die Folgen des Krieges und der Nachkriegspolitik, auf die unser Zwergstaat keinerlei bestimmenden Einfluß hat. Der englische Zeitungsschreiber hat bestimmt keine richtige Vorstellung, wie unsere Verhältnisse tatsächlich sind. Er lebt in einem mächtigen weltumspannenden Imperium und es zeigt sich immer wieder, daß selbst führende Politiker dieses Landes über unser Land unzulänglich unterrichtet sind. Hat man dort überhaupt eine Vorstellung, wie uns zumute sein muß, wenn jeder Vorschlag zur Erleichterung unserer Situation abgelehnt wird? Man bezichtigt uns einmal der östlichen und einmal der westlichen Orientierung, wo wir uns überhaupt nicht orientieren können, weil wir faktisch zerstückelt sind, von vier Großmächten besetzt wurden und unsere Zentralregierung und die Volksvertretung fast schon operettenhaften Charakter angenommen haben. Daß wir einen Staatsvertrag erst dann bekommen können, wenn alle anderen schier unlösbaren Weltprobleme gelöst sein werden, daß unsere Kriegsgefangenen, über deren Zahl wir uns überhaupt zu optimistischen Vorstellungen hingeben, erst zurückkehren, bis dieser bevorstehende Staatsvertrag abgeschlossen sein wird, das muß auf uns ungemein deprimierend wirken. Wir klagen nicht die eine oder andere Partei an, denn dazu sind wir nicht berechtigt. Wir haben keinen Einblick und wollen ihn nicht haben, woran die Schuld liegt, aber die Mächte haben die klare Verantwortung für unser Land übernommen, infolgedessen klagen wir sie kollektiv dafür an, daß wir schlechter behandelt werden als Nazideutschland. (*Stürmischer Beifall im ganzen Hause.*) Was immer von uns getan wird, wird immer wieder von der einen oder anderen Seite als verfehlt bezeichnet. (*Zustimmung.*)

Unter diesen Umständen bleibt uns nichts anderes zu tun übrig, als den Mächten dieser Erde zuzurufen: Euch hat das Schicksal die Verantwortung über unser Leben oder über den Untergang eines kleinen lebenswilligen und

tüchtigen Volkes im Herzen Europas, das der Welt viel gegeben hat, anvertraut. Es mag sein, daß dieses Volk eine leichte Schuld trifft. Sicher ist es aber, daß es dafür bisher am schwersten gebüßt hat. Seht zu, daß Ihr Euch dereinst vor der Geschichte der Menschheit gegenüber diesem Volk, das Euch auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, verantworten könnt.

Wenn nun festgestellt ist, daß die Schuld außerhalb unserer Grenzen liegt, dann müssen wir ebenso freimütig feststellen, daß sie teilweise auch innerhalb der Grenzen dieses Landes liegt. Ich habe schon darauf verwiesen, daß der Mangel an gesetzgeberischer Tätigkeit zum Großteil darauf zurückzuführen ist, daß eine Grundsatzgesetzgebung fehlt, aber ich muß sagen, wir haben oft das Gefühl, daß es in diesem Lande oft an der zielbewußten Führung und einer entsprechend konstruktiven Idee fehlt; wir beobachten eine gewisse Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates, der mehr denn je verbürokratisiert erscheint. Hierzu kommt das Streben von Beamten und Funktionären, Vorteile für die Partei vor das Allgemeinwohl zu stellen. Gestatten Sie, daß ich Ihnen ein Beispiel hiefür anführe. Es betrifft die Zusammensetzung der Baustoffkommission. Man schlägt vor, es möge der Antrag eingebracht werden, von allen drei Parteien noch je einen Vertreter in diese Kommission zuzuziehen. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, es hat keinen Sinn, denn darauf kommt es nicht an, sondern nur darauf, daß wir uns in solchen wichtigen Fragen tatsächlich bemühen müssen, jede Parteipolitik auszuschalten und nur nach dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit zu handeln und allen unseren Vertretern entsprechende Richtlinien zu geben. Ich gebe zu, daß das oft auf Gegenseitigkeit beruht und streite das nicht ab. Wir dürfen es aber nicht dulden und wir wollen, daß in dieser Sache von brennendem Interesse jede Parteipolitik ausgeschaltet wird. Es muß in diesem Zusammenhang ausgesprochen werden, daß sich ein Teil der Beamtenschaft im Lande über Parteivereinbarungen einfach hinwegsetzt und unsere guten Absichten einfach zunichte macht. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß der Beamte sich in Ausübung seines Dienstes politisch entkleiden müßte, wir verlangen aber, daß er sich loyal an unsere Vereinbarungen hält und dazu beiträgt, ein gedeihliches Zusammenwirken zu ermöglichen. Es geht nicht an, von einer Verpolitisierung der Verwaltung zu sprechen, wenn die Minderheit versucht, die geschlossene Phalanx einer einheitlich ausgerichteten Beamtenschaft zu durchbrechen. Das ist selbstverständlich eine demokratische

Konsequenz auf dem Gebiete der Verwaltung, die sich nur heilsam auswirken kann, daß sich kein Beamter, gleichgültig in welcher Funktion er sich befindet, seiner Weltanschauung oder Überzeugung entblößen kann. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung kann erst dann wirksam werden, wenn diese das Spiegelbild der tatsächlichen Machtverhältnisse darstellt. Die Vergangenheit hat uns drastisch gelehrt, daß es „Nurbeamte“ nicht geben kann. Wir alle sind Menschen und vielfach zu gut und bedürfen deshalb immer einer Kontrolle durch den Gegenpol. Damit hätten wir unsere Ansicht auf dem Gebiete der Personalpolitik im allgemeinen umrissen. Daß nach diesen Feststellungen eine Erziehung der Beamten zu demokratischem Denken und Handeln dringend notwendig ist, beweist eine Verfügung des Bezirkshauptmannes von Waidhofen an der Thaya, die man „Demokratie unter Strafsanktion“ bezeichnen könnte. (*Rufe: Hört, hört! Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wie heißt der Bezirkshauptmann? Abg. Dr. Steingötter: Haushofer. Zwischenruf links: Er hat sein KZ. schon vergessen!*)

Ich überlasse es Ihnen, sich von diesem Repräsentanten der demokratischen Staatsverwaltung ein richtiges Bild zu machen. Das heißt man das Vertrauen der Bevölkerung zu den demokratischen Spielregeln im Keime ersticken. Wir behalten uns vor, gegen diese sonderbare Strafverfügung die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Ich habe behauptet, daß es an einer zielbewußten Führung und an zielbewußten Ideen in der Verwaltung mangelt. Ich möchte den Landtag fast als eine Körperschaft a. D. bezeichnen, denn er tritt fast nicht zusammen; man hat scheinbar kein Bedürfnis, mit den Vertretern des Volkes öfter als anlässlich des Budgets zu reden. Das Volk verlangt aber von uns, daß wir dem Auftrag, den es uns gegeben hat, dadurch nachkommen, daß wir diesem öffentlichen Forum so oft als möglich die Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung zur Kenntnis bringen können. Es ist in anderen Ländern ganz anders und doch sind die Verhältnisse dort nicht besser. Wir müssen zusammenkommen, um zu beschließen; es werden auch zahlreiche Anträge gestellt und Beschlüsse gefaßt. Wir aber hören von der Durchführung dieser Beschlüsse nichts. Wir haben beispielsweise mit großer Aufmachung ein Wiederaufbauprogramm beschlossen und ich muß fragen, was ist bisher geschehen? Tagen die eingesetzten sieben Kommissionen? Warum hat man noch nicht einen laufenden Bericht über die von diesen Kommissionen erzielten Fortschritte erstattet? Blicken wir einmal in

die Steiermark. Dort arbeitet der Landtag viel intensiver. Er hat vor einigen Tagen ein umfassendes Wiederaufbaugesetz für die Industrie herausgebracht. Mag sein, auf dem Gebiete des Wiederaufbaues ist uns heute aus den Zahlen des Herrn Landeshauptmannes mitgeteilt worden, daß schon manches geschehen ist. Aber der Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter Kargl haben beide zugegeben, daß das, was bisher geschehen ist, ganz unzureichend ist. Die zahlreichen Zuschriften, die wir von den Gemeinden bekommen, bestätigen es, daß auch bei dem Wenigen, das gemacht wird, nicht immer objektiv vorgegangen wird. Wir hören, daß einzelne Mandatare in eigener Regie Bezirksvertretungskommission spielen usw. Das macht natürlich böses Blut. In normalen Zeiten wird sich kein Mensch einen Pfifferling darum scheren, aber im gegenwärtigen Zeitpunkt müssen wir uns hüten, mit den wichtigen Aufbaustoffen irgendwie parteimäßige Geschäfte zu machen.

In der Ernährungsfrage haben wir einige Dringlichkeitsanträge eingebracht; es gibt eine ganze Reihe von Kontrollinstitutionen, aber es ist unmöglich, sie alle im Gedächtnis zu behalten. Es ist ganz gleichgültig, wie sie alle heißen, sie bestehen und die Frage ist die, ob sie wirksam sein können und auch wirksam sind. Im Ortskontrollausschuß sind auch Vertreter der Konsumenten. Wir hören nun aus verschiedenen Teilen der Bevölkerung, daß diese Konsumentenvertreter, die vielfach kleine Bauern oder Kleinhäusler sind und vielfach abhängig von den größeren Besitzern, von diesen unter Druck gesetzt werden (*Widerspruch rechts, Ruje links: Sehr richtig!*). Dann wäre es nicht notwendig, daß man Kontrollkommissionen unter Assistenz von Gendarmen von Dorf zu Dorf und von Haus zu Haus schickt. Ich behaupte nichts, was ich nicht beweisen kann, ich verallgemeinere nicht. Ich stelle nur fest, daß die Kontrollinstitutionen nicht so funktionieren, wie wir es uns vorgestellt haben. Wir dürfen auch gar nichts tun, was diese Institutionen in der Ausübung ihrer Pflichten irgendwie beeinflussen könnte. Wenn sich aber Dinge ereignen, daß Bezirkshauptleute Strafverfügungen treffen, die über Einschreiten des einen oder anderen Mandatars zurückgenommen werden müssen, dann kann natürlich eine solche angekündigte Strafverfügung keine Wirkung mehr ausüben.

In der Bekleidungsfrage haben wir heute vom Herrn Landeshauptmann gehört, daß auf dem Gebiete der Textilindustrie manches geschieht und wenn ich daran denke, daß die niederösterreichische Textilindustrie zwei Drittel der gesamten österreichischen Textil-

industrie ausmacht, dann könnte auch tatsächlich trotz aller Schwierigkeiten schon irgendetwas geschehen sein.

Wir hörten auch, daß wir soundsoviel Paar Schuhe und Meter Stoff bekommen haben, ich habe aber noch niemand getroffen, der davon irgendetwas bekommen hat (*Widerspruch rechts*). Es ist mir schleierhaft, wo diese Dinge hinkommen. Wenn aber dem so ist, dann komme ich auf das zurück, was ich vorhin gesagt habe, daß es notwendig wäre, periodischen Bericht zu erstatten, was auf jedem Gebiete und an wen es verausgabt wurde. Wir können nicht darauf warten, was unter dem Titel der Mildtätigkeit an abgelegten Kleidern etwa über den Ozean schwimmt, sondern wir müssen vielmehr trachten, auf diesem Gebiete zu leisten, was nur möglich ist. Wir müssen planmäßig und energisch zupacken, um unsere gesamte Wirtschaft nach diesem Gesichtspunkt zu leiten.

Noch eine Frage, die ich bereits gestreift habe, möchte ich besprechen, und zwar die der Randgemeinden. Es ist richtig, daß die Durchführung des diesbezüglichen Gesetzes dadurch unmöglich gemacht wird, daß die Alliierten ihre Zustimmung hiezu nicht gegeben haben. Schon ein Jahr lang besteht dieses Niemandsland und die Bevölkerung dieses Gebietes leidet unvorstellbar. Sie wissen es ja, haben es auch oft gehört und es wurde uns dies von den Vertretern dieser Gemeinden immer und immer wieder zu Gehör gebracht. Als Mandatar getraut man sich nicht mehr in diese Versammlungen zu gehen, weil man nicht weiß, ob man noch mit heilen Gliedern von dort heimkommt. Warum schaffen die beiden Länder Niederösterreich und Wien nicht wenigstens eine Übergangsordnung für diese Menschen? Es hat vor zirka einem Monat hier eine Massendeputation vorgeschrieben und es wurde der Beschluß gefaßt, daß endlich mit Wien eine Übergangsvereinbarung getroffen werden soll, aber bis heute ist nichts geschehen. Die Gemeinden wissen nach wie vor nicht, ob überhaupt etwas geplant ist, nicht einmal ein Zettel ist darüber hinausgegangen. So geht es nicht mehr weiter. Sind zu wenig fähige Beamte da, dann müssen eben mehr eingestellt werden, denn es handelt sich hier um zehntausende Menschen, die nicht mehr gewillt sind, ihre bürgerlichen Pflichten zu erfüllen. Wir könnten die Reihe dieser Unzulänglichkeiten, an denen wir selber Schuld tragen, fortsetzen, aber es hat keinen Sinn. Es sollten dies nur einige Beispiele sein für die eingangs aufgestellten Behauptungen von der Schwerfälligkeit des Apparates und von dem Mangel an konstruktiven Ideen. In der Jetztzeit sollte aber größte

Aktivität herrschen, vor allem müssen die Beamten mobil und initiativ sein, um so zur Entlastung der Mandatare ihr Teil in dieser schwierigen Zeit beizutragen.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten möchte ich es nicht vorübergehen lassen, darauf hinzuweisen, daß es eine sogenannte Landesautarkie bei aller Anstrengung, die wir entfalten können, nicht gibt. Es sei dies allen gesagt, die glauben, wir könnten durch hermetisches Abschließen von anderen Ländern unsere Bedürfnisse selber erzeugen. Unser Land kann sich nicht selbst erhalten, kann daher niemals autark sein. Zum Vergleich zwischen Industrie und Urproduktion will ich nur ein paar Ziffern aufzeigen. Die Industrie Wien und Niederösterreich erstreckt sich hinsichtlich Holz- und Papierindustrie auf 50%, Bauindustrie auf 51%, Metallindustrie auf 63%, Textilien und Bekleidung auf 67%, sonstige Industrie auf 58% der gesamtösterreichischen Industrie. Das ist also die Industrie, der gegenüber die Urproduktion steht. Es gibt keine Industrie ohne Urproduktion. Wie schaut es nun in Niederösterreich allein aus? Bezüglich des Eisenerzes beträgt der Anteil Niederösterreichs Null %, bezüglich Magnesit Null %, bezüglich Blei und Zinn Null %, Salz Null %, Wasserkraft 5%, Braunkohle 10%, Holz 17%, Graphit 45%, Öl 100% — das steht uns aber nicht zur Verfügung — Steinkohle 100%, aber die zählt praktisch nicht, denn sie ist nur in sehr geringen Mengen vorhanden. Aus diesen wenigen Ziffern sehen wir, daß Niederösterreich in erster Linie Veredlungsindustrie besitzt und der allergrößte Teil der Rohstoffe nicht hier im Lande vorhanden ist. Daraus ergibt sich, daß eine industrielle Autarkie in Niederösterreich ganz ausgeschlossen ist. Das beweist, daß die niederösterreichische Industrie bei Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Abschneidung der westlichen Bundesländer zum Verdorren verurteilt ist. Gegenwärtig ist die niederösterreichische Industrie mit 40 bis 50% ihrer Kapazität ausgelastet, obwohl 78 bis 80% möglich wären, wenn die Versorgung mit Rohstoffen, Maschinen, Werkzeugen und Transportmitteln gesichert werden könnte. Darüber hinaus müssen aber noch zusätzliche Arbeitskräfte gewonnen und ihre ausreichende Bekleidung und Ernährung gewährleistet werden. Wie wir auch unsere Pläne betrachten, kommen wir immer wieder auf die Frage unserer Kriegsgefangenen zurück, die uns auf Schritt und Tritt als Arbeiter fehlen. Es würde zu weit führen, alle Betriebsmittel aufzuzählen, die uns ganz oder teilweise fehlen, die aber in den anderen Bundesländern in genügender Menge vorhanden sind.

Auch hinsichtlich der Ernährung ist eine Autarkie Niederösterreichs ganz ausgeschlossen. Bei Zugrundelegung eines Kaloriensatzes von 1200 ergibt sich auf Grund der noch nicht endgültig fixierten Ernteergebnisse des heurigen Jahres folgendes Bild: Wir haben bei Getreide eine Überdeckung von 66.000 Tonnen, bei Fleisch aber einen Abgang von 19.806 Tonnen, bei Fett einen Abgang von 3.957, bei Nahrungsmitteln einen Abgang von 8.500, bei Hülsenfrüchten einen Abgang von 11.100, bei Zucker eine Überdeckung von 7.280, bei Kartoffeln eine Überdeckung von 20.900 und bei Milch eine Überdeckung von 21.900 Tonnen. Infolge der Kalorienzahl von 1550 vermindert sich die Überdeckung und erhöht sich der Abgang. Wir sehen also, daß die beiden großen Zweige unserer Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft, in diesem Lande nicht autark sein können. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, wir müssen zwangsläufig zu der Forderung kommen, die Wirtschaftsgrenzen zwischen den Bundesländern zu öffnen.

Abschließend zur Frage der Erhöhung der Kalorienanzahl noch einige Worte. Ich möchte hier zunächst zitieren, was der Herr Landwirtschaftsminister vor einigen Tagen gesprochen hat. Er sagte: „Wir gehen noch ernstesten Wochen entgegen, wir wollen nichts verabsäumen und alles tun, um zur Linderung dieser Not beizutragen. Es kommt uns nicht darauf an, eine augenblickliche Besserung der Situation durch einen restlosen Einsatz unserer heurigen spärlichen Ernte herbeizuführen, um in absehbarer Zeit nach dem vollständigen Verbrauch der österreichischen Reserven diesen Kaloriensatz widerrufen zu müssen. Wir dürfen nicht nur an heute und morgen denken, wir müssen Vorsorge dafür treffen, daß auch später etwas vorhanden ist. In der ersten Stunde, die wir durchleben, müssen wir alle in Arbeit und Pflichterfüllung zusammenstehen.“ Jedes dieser Worte ist restlos zu unterstreichen. Wir verdanken die Erhöhung des Kaloriensatzes den rastlosen Bemühungen des Generals Marc Clark und des Generaldirektors der UNRRA. La Guardia. Aber die Tätigkeit der UNRRA. geht mit Ende des Jahres zu Ende. Die Verhältnisse in Amerika stehen vor grundlegenden Änderungen. Mit dem Wegfall jeder Zwangsbewirtschaftung und mit der Aufhebung der Preiskontrolle werden die Lebensmittelpreise in Amerika für uns unerschwinglich werden. Die Zeit des Schenkens ist also vorbei und wahrscheinlich auch die Zeit des amerikanischen Lebensmittelexportes. Wollen wir das nicht außer acht lassen! Es ist kaum zwei bis drei Wochen her, daß wir Deutschland wegen seiner 1550 Kalorien beneideten.

Was lesen wir aber heute in den Zeitungen? „Die Ernährungsgrundlage in Deutschland ist eine äußerst ernste.“ Das wird so lange so sein, so lange das Volk auf Hilfe von außen wartet und warten muß. Wir müssen daher trachten, uns weitestgehend auf eigene Füße zu stellen und dazu gehört vor allem die restlose Erfüllung der Ablieferungspflicht. Die Erhöhung des Kaloriensatzes wirkt sich zunächst nur in der Erhöhung von Brot und Mehl aus, wir sind dafür dankbar, aber wir dürfen nicht vergessen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Gesundheit unserer Bevölkerung können wir nicht immer das zu uns nehmen, was gerade da ist, der Körper läßt sich sein Recht nicht ganz nehmen. Es fehlt uns, das wissen Sie alle, vor allem an Frischfleisch und Fett. Ärzte bestätigen uns, daß eine Reihe von Krankheiten nicht allein auf den Hunger zurückzuführen sind, sondern auf den Mangel an Frischfleisch und Fett. Damit kommen wir zum gegenwärtigen Problem unserer Versorgungsnot und das ist vor allem anderen die Schlachtviehaufbringung in Niederösterreich. Wir sehen da ein ganz sonderbares Bild. Die Viehzählung vom 31. Oktober 1945 hat ergeben, daß in Niederösterreich 831.609 Stück Großvieh, Rinder, Pferde, Schafe und Schweine vorhanden sind. Aus der Statistik können wir entnehmen, daß im Jahre 1930 bis 1938 die Zahl des Großviehes in Niederösterreich 730.000 Stück betragen hat. Wir können also feststellen, daß es auf diesem Gebiet nicht so schrecklich bestellt ist, wie wir angenommen haben. Eines ist aber richtig, die Viehqualität von heute ist nicht die gleiche wie jene von damals. Darüber sind wir uns klar. Die Statistik, die ich angeführt habe, wobei ich nicht sagen kann, ob sie ganz richtig ist, gibt uns einen gewissen erfreulichen Ausblick. Ich muß aber sagen, es ist notwendig, daß wir uns äußerst bemühen müßten, aus dem Westen, das tatsächlich in Massen überzähliges Vieh hat, Großvieh hereinzubekommen. Wir wissen, daß wir uns schon vor dem Kriege nicht ernähren konnten und daß die Fleischquote von damals in keinem Einklang steht zu der Fleischquote von heute. Wir müssen daher die dringende Forderung erheben, daß alles Mögliche getan wird, daß aus den westlichen Ländern überschüssiges Schlachtvieh auf dem kürzesten Wege hereinkommt. Bei der Fettaufbringung halten wir uns an die drei Fettsorten: Öl, Schmalz und Butter. Öl gewinnen wir aus Pflanzen, deren Anbau ohnehin forciert wird. Schmalz hängt zusammen mit der Schweinezucht und diese wieder mit dem vorhandenen Viehfutter. Butter hängt zusammen mit der Milch. Hiezu gestatte ich mir ein paar Worte.

Aus den Berichten der Ernährungsinspektoren ersieht man immer mehr und mehr, daß es eine ganze Reihe von Bauern gibt, die gerade auf dem Gebiete der Milchablieferung nicht ihr Äußerstes tun. Ich habe erst vor wenigen Tagen einen zuverlässigen Bericht gelesen, worin mitgeteilt wurde, ein Bauer mit zwei Stück Kühen liefert 6 bis 7 Liter Milch täglich und ein anderer Bauer mit 5 Kühen nur ein Viertelliter. Das sind Dinge, die sofort aufgegriffen werden müssen, wenn sie uns mitgeteilt werden. Ich habe schon eingangs erwähnt, wir sind uns vollkommen bewußt und wir haben bereits ungezählte Beweise dafür, daß die Bauernschaft in Niederösterreich zum Großteil ihr Möglichstes tut, um beispielgebend zu wirken; aber gerade weil dieser überwiegende Teil weiß, was er der Öffentlichkeit schuldig ist, müssen wir mit aller Kraft auch den anderen asozialen Teil zur Raison bringen. Hiezu möchte ich ein eigenes Erlebnis anführen: Ein Verwandter von mir ist schwer lungenkrank und daher sehr fettbedürftig. Ich habe einen Bekannten von mir ersucht — ich gebe das offen zu — ob er mir ein Kilo Fett verschaffen kann. Er hat sich auch bemüht; er ging zu einem Bauern — ich könnte Ihnen den Namen sagen — und sagte: Bitte, hast du Fett, es handelt sich um einen Schwerkranken? Der Bauer sagte: „Wieviel Kilo willst du denn?“ Darauf sagte er: „Ich möchte nur ein Kilo, ich bin kein Schleichhändler, wieviel kostet das?“ Antwort: „250 Schilling.“ Darauf sagte er: „Um 250 Schilling bekommt man es auch auf dem Schwarzen Markt in Wien.“ Darauf sagte der Bauer: „Dann kaufen Sie's dort.“ Das möge ein einzelnes Beispiel sein, das von einem asozialen Empfinden zeigt. Ich muß feststellen, daß ich anlässlich eines 14tägigen Aufenthaltes in einer Bauerngemeinde am Sonntag Gelegenheit hatte, festzustellen, wie der Geistliche in scharfen Worten von der Kanzel herab das asoziale Verhalten der Dorfbewohner geißelte. Das hat mich sehr gefreut, aber auch das reicht nicht aus, gewisse Menschen zur Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber den Mitmenschen zu veranlassen. Das führt zu der Kluft zwischen Stadt und Land und wir können schon wieder die Worte vom „Wasserkopf Wien“ hören, die im Jahre 1918 so häufig gebraucht wurden. Wir können aber solchen Erwägungen nicht wieder Raum geben, denn wir gehören zusammen.

Ich eile zum Schluß. Das niederösterreichische Volk, Arbeiter und Bauern, ist bereit, den Wiederaufbau des Landes unter schwierigsten Bedingungen fortzusetzen und zu vollenden. Wir gewählten Vertreter des Volkes werden nicht ermangeln, das Werk des Wieder-



aufbaues in Eintracht und Loyalität ohne Sentimentalität in die Wege zu leiten. Unseren Befreiern aber rufen wir zu: Wahrhaftige Größe und Macht hat sich immer in Großmut gezeigt. Ihr Mächte, denen unser Schicksal anvertraut ist, zeigt Euch uns gegenüber großmütig und wir werden es Euch lohnen. (*Großer Beifall im ganzen Haus.*)

Abg. Landesrat GENNER: Hoher Landtag! Niederösterreich befindet sich eineinhalb Jahre nach Ende des Krieges noch immer in einer außerordentlichen Notlage. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, daß in demokratischer Zusammenarbeit aller drei Parteien alles getan werden muß, um die Not zu lindern. Ich möchte mir erlauben, vorerst, bevor ich in das Wesentliche eingehe, einige grundsätzliche Feststellungen zu machen. Der Herr Landeshauptmann hat mir gestern gesagt, er lege Wert darauf, daß eine einheitliche Resolution zustande komme. Wir haben sie besprochen und Sie werden sie hören; sie ist zwar nicht so, wie wir sie haben wollen, aber manche unserer Forderungen enthält sie. Ich möchte aber bemerken, wir haben für die erste Entschließung beim Zusammentritt des Landtages und wir haben für das Budget gestimmt unter der Voraussetzung einer demokratischen Zusammenarbeit. Die demokratische Zusammenarbeit — ich werde das an einigen Beispielen dartun — muß nicht nur in den Landtagssitzungen, sondern sie muß überall sein und wir haben da einigen Grund zum Mißtrauen. Wir stimmen noch einmal für die gemeinsame Resolution unter der Voraussetzung, daß vor allem die konkreten Forderungen, die darin enthalten sind, auch tatsächlich und wirklich durchgeführt werden und daß nicht nur im Landtag, sondern überall draußen eine etwas demokratischere Zusammenarbeit Platz greift.

Nach wie vor ist das Ernährungsproblem das brennendste Problem, aber es ist von allen anderen Sorgen und Problemen nicht zu trennen. Seit anderthalb Jahren hat die Arbeiterschaft unter größten Opfern Güter erzeugt, die dem ganzen Volke zugute kommen oder doch zugute kommen sollen. Aber noch immer sind die Arbeiter den größten Entbehrungen ausgesetzt, wird ihre Gesundheit und Arbeitskraft durch unzureichende und unzulängliche Nahrung gefährdet und immer drückender wird der Mangel an Kleidern, Wäsche und Schuhen und allem, was der Mensch braucht, um überhaupt ein halbwegs menschenwürdiges Leben führen zu können. Die Bauern mühen sich seit anderthalb Jahren, um die Landwirtschaft in die Höhe zu bringen, aber es fehlt an den notwendigsten Maschinen und Geräten, an Kunstdünger, an Futter-

mitteln. Die Gewerbetreibenden im ganzen Lande klagen über den Mangel an Material und Werkzeugen, der sie hindert, ihre Arbeit zu leisten. Das Volk ist in Not. Und die Not wächst, weil Kleider und Bedarfsgegenstände, die nach der Befreiung noch vorhanden waren, immer weniger werden und nicht nachgeschafft werden können, obwohl Güter erzeugt werden. Auf der anderen Seite blüht das Schieber- und Spekulantentum und kleine und große Schleihändler suchen ihren Nutzen aus der Not des Volkes zu ziehen. Die Kleinen werden manchmal erwischt, bei den Großen bemüht man sich, nichts zu sehen, nichts zu hören, nichts zu wissen.

Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung in Stadt und Land wächst und daß man, wenn man hinauskommt, eine Stimmung beobachten kann, die schwankt zwischen müder Resignation — Resignieren ist das Schlimmste, was Menschen tun können — Verzweiflung und Empörung und Auflehnung. Es gibt erfahrungsgemäß eine Grenze des Erträglichen. Ich glaube, daß diese Grenze erreicht ist.

Dabei verbreitet sich immer mehr die Erkenntnis in der gesamten Bevölkerung, daß das alles nicht so sein müßte, daß wir auch in Österreich schon weiter sein könnten, wie es andere Länder bereits sind, daß wir aus dieser ganzen unseligen Lethargie und Stagnation herauskommen könnten, wenn nicht nur bei besonderen Anlässen große Reden gehalten, sondern wenn wirklich alle Kräfte zusammengefaßt würden zur Arbeit und Tat.

Alle diese Erscheinungen, Mangel und Not auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, haben einen inneren Zusammenhang, eine gemeinsame Ursache. Es ist diese entsetzliche Mißwirtschaftspolitik, die auf allen, aber buchstäblich auf allen Gebieten festgestellt werden kann. Wir haben vor einigen Tagen gehört, daß es nicht darauf ankommt, einen Zwei- oder Dreijahresplan aufzustellen. Wir sehen, wohin die Planlosigkeit führt. Der Arbeiter steht zum Umfallen müde an der Maschine, hat nichts zu essen, nichts anzuziehen und was er erzeugt, geht ins Ausland und wenig oder nichts kommt dafür herein. Nur die Herren Exporteure werden davon reich und die wissen schon, was sie tun. Die haben ihren Plan. Den Plan des Ausverkaufes und der Ausraubung Österreichs. Wir haben keine Kohle, es fahren Wagons nach Kattowitz und kommen leer zurück. Schuld haben in Österreich immer die anderen, in diesem Falle die Polen. Aber die geben prompt eine Antwort, die darauf schließen läßt, daß bei den österreichischen Stellen ein Durcheinander herrscht, eine Planlosigkeit, die

nun vielleicht gar zum Programm erhoben werden soll. Bauern fahren mit Erdäpfelwagen zur Ablieferungsstelle und wieder zurück. Das Programm der Planlosigkeit wirkt sich überall aus. Die Kalorienhöhung ist zu begrüßen. Es ist freilich nur ein kleines Stückchen Brot täglich. Man kann es wahrhaftig auf einen Sitz aufessen und bekommt keine Magenbeschwerden davon. Ist es auf das Programm der Planlosigkeit zurückzuführen, daß die Erhöhung nur in Form von Brot und ein bißchen Mehl erfolgt? In Niederösterreich wird verhältnismäßig mehr Getreide produziert als in anderen Bundesländern. Mit der Ablieferung steht Niederösterreich an erster Stelle, wenngleich die bisher vorgesehene Menge nicht erreicht wurde. Auch da wirkt sich das Programm der Planlosigkeit aus. Zuerst sollte nach einem Beschluß des Ernährungsdirektoriums die inländische Ernte überhaupt nicht verwendet werden, jetzt soll anscheinend die Getreideernte möglichst rasch verbraucht werden. Bei einer einheitlich gelenkten Ernährungswirtschaft muß selbstverständlich ein Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern und Gebieten stattfinden. Also auch ein Ausgleich mit Getreide. Aber der Herr Landeshauptmann hat mit Recht vor einiger Zeit darüber Beschwerde geführt, daß in den westlichen Zonen ein Überschuß an Vieh ist, der ins Ausland exportiert wird, während in Niederösterreich die Viehzucht und Fleischversorgung gefährdet ist. Bei Pferden ist es dasselbe. Aus Steiermark kam kürzlich die Meldung, daß dort um 40% mehr Pferde als vor dem Kriege sind und daß die überschüssigen Pferde wegen Futtermangel geschlachtet werden müssen. Aber es gibt auch in den westlichen Bezirken Niederösterreichs mehr Pferde als vor dem Krieg, während in den östlichen Bezirken ein Mangel ist und es wird gemäß dem Programm der Planlosigkeit nicht einmal da ein Ausgleich durchgeführt.

Durch die wirtschaftliche Abschnürung der östlichen Bundesländer erleidet Niederösterreich schweren Schaden. Aber wenn der österreichische Außenminister in der weiten Welt herumfährt und eine höchst einseitige Außenpolitik betreibt, ohne daß ihm dabei von den großen Parteien dieses gefährliche Handwerk gelegt wird, so wird die Zerreißung Österreichs nicht beseitigt, sondern gefördert. Niederösterreich hat ein besonderes Interesse daran, daß eine Politik der Freundschaft mit allen Staaten, auch mit der mächtigen Sowjetunion und unseren Nachbarstaaten getrieben wird. Niederösterreich muß sich schärfstens gegen eine einseitige Orientierung wenden, die für ganz Österreich und im besonderen für Niederösterreich nur verderblich sein kann. Nieder-

österreich hat auch ein besonderes Interesse daran, daß keine einseitige Handelspolitik getrieben wird, sondern daß endlich Handelsbeziehungen hergestellt werden mit den Ländern, die eine natürliche Ergänzung unserer eigenen Wirtschaft bilden, vor allem mit der Sowjetunion und den Nachbarstaaten.

Die Resolution sieht die Bildung von Ernährungsausschüssen und eines Wirtschaftsausschusses vor. Es kommt ganz darauf an, ob und wie dieser Beschluß durchgeführt wird. Gegen die Kontrolle der Ernährungsausschüsse ist in der letzten Zeit Sturm gelaufen worden. Nun ist kürzlich beschlossen worden, daß fliegende Kommissionen die Kontrolle durchführen sollen, die aus Vertretern der Wirtschaftsverbände und der Ämter bestehen. An Stelle der Vertreter des Volkes, vor allem der Arbeiter und Bauern, soll also eine Kontrolle der Wirtschaftsverbände, die ihre Unfähigkeit bewiesen haben, kommen.

In der letzten Zeit ist die schlechte Ernährungslage immer offener ausgenützt worden, um wieder einen künstlichen Gegensatz zwischen Bauern und Arbeitern zu schaffen. Es wird die alte Politik der Spaltung des Volkes wieder getrieben, die schon einmal zum Verhängnis Österreichs geworden ist, die zur Zerschlagung der Demokratie und zum Untergang Österreichs geführt hat. Es wird den Bauern erzählt, daß ihnen die Schuld an der schlechten Ablieferung zugemessen wird. Noch niemals ist den Bauern die Schuld gegeben worden. Wir haben immer betont, daß die Sabotage von oben begonnen hat. Sie hat vor allem im Bundesministerium für Landwirtschaft und in den verschiedenen Verbänden und Ämtern ihren Ursprung.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß zwischen dem Ernährungsdirektorium und dem Landeshauptmann von Niederösterreich ein kleiner Krieg ausgebrochen ist. Sehr ernst ist er gewiß nicht gemeint. Der Herr Landeshauptmann hat ganz recht, wenn er dem Ernährungsdirektorium, in dem sich absolute Unzulänglichkeit mit einer unglaublichen Überheblichkeit paart, vorwirft, daß es zuerst einen Beschluß veröffentlicht hat, nach dem die Ernte überhaupt nicht verwendet werden soll. Aber dann hat der Herr Landeshauptmann höchstpersönlich im „Bauernbündler“ einen Artikel geschrieben, in dem er glaubt, die Bauern gegen die „Roten Tintenburgen“ in Schutz nehmen zu müssen.

Es wird jetzt auf dem Lande eine arge Hetze gegen die Arbeiterschaft getrieben und die alten dummen Märchen, daß Religion und Besitz in Gefahr sind, werden wieder aufgetischt. Ich kann vor einer solchen Spaltungspolitik nur

ernsthaft warnen. Ich habe viele Jahre — abgesehen von der etwas unsanften Unterbrechung durch 11 Jahre Faschismus in Österreich — für das gegenseitige Verständnis zwischen Stadt und Dorf gekämpft und will das weiter tun, solange meine Kräfte reichen. Die Spaltungspolitik werden wir auf das entschiedenste bekämpfen. Wir sind nicht mehr vor 1934 und es könnte sich zeigen, daß eine kleine, aber wachsende Partei in der Verteidigung der Demokratie mehr Kampfschlossenheit zeigt als manche große Partei. Die Demokratie ist nur gesichert, wenn sie überall ist, in der Stadt und im Dorf, in allen Körperschaften und Organisationen. Und vor allem dann, wenn in der Gendarmerie und Polizei ausschließlich verlässliche Diener der Demokratie sind. An der Spitze der niederösterreichischen Gendarmerie steht der Herr Oberst Kimmel, der einmal Führer der faschistischen Sturmtrupps war. Er hat während seiner neuen Amtstätigkeit nicht bewiesen, daß er seither ein überzeugter Demokrat geworden ist. Da geschehen seltsame Dinge. Ich will ein Beispiel erwähnen: Ein junger Gendarmeriebeamter, der eine sehr gute dienstliche Beschreibung, aber den Fehler hat, daß er ein Kommunist ist, hat den Bezirkshauptmann von Scheibbs, den Herrn Dr. Hermann gefragt, ob er einen Nazi, der früher ein Führer der Alberti-Heimwehr war, verhaften darf. Der Herr Bezirkshauptmann hat das abgelehnt. Einige Zeit später wurde bei diesem Nazi eine Hausdurchsuchung gemacht und es stellte sich heraus, daß er ein Großschleihändler ist. Nun mußte er natürlich verhaftet werden, aber da die Sache in die Zeitung kam, wurde der Gendarmeriebeamte wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses strafweise degradiert und versetzt. In Wahrheit war das die Strafe dafür, weil er gegen den Nazischleihändler vorgegangen ist. Der Schleihändler ist bald darnach entlassen und erst nach einer Demonstration wieder verhaftet worden. Der Herr Oberst Kimmel hat nun Material gegen den kommunistischen Gendarmeriebeamten gesammelt und entdeckt, daß er einmal bei der HJ. war. Mit diesem „Material“ ging der Herr Oberst zur Sowjetkommission und erklärte, daß er, wenn er noch einmal wegen einer solchen Sache in der Zeitung angegriffen werde, er im „Wiener Kurier“, nämlich in der Zeitung der amerikanischen Besatzungstruppen, antworten werde.

Zwei Landarbeiter suchen um die Staatsbürgerschaft an. Keine faschistisch verseuchten Sudetendeutschen, sondern Arbeiter, die zeitweilig in Österreich waren. Die Gendarmerie macht Erhebungen und einen Bericht, daß die zwei Landarbeiter sich aufrührerisch unter den

Landarbeitern betätigt haben. Der Bezirkshauptmann von Mistelbach leitet den Bericht weiter mit dem Antrag, die Staatsbürgerschaft nicht zu gewähren. Wenn ich nicht zufällig dahintergekommen wäre, hätten die beiden Landarbeiter die Staatsbürgerschaft nicht erhalten, während sie manchem Sudetendeutschen, der besser unserer Heimat fern bliebe, rasch bewilligt wird. Welcher Geist — sofern man überhaupt von einem Geist sprechen kann — spricht aus diesen Vorfällen!

Zwischen zwei gemeinsamen Resolutionen geschehen überhaupt mancherlei Merkwürdigkeiten. Der Leiter der Expositur von Lilienfeld, der ebenfalls den Fehler hat, ein Kommunist zu sein, erklärt auf Grund einer Gemeindevorstellung, daß ein Nazischleier ein Illegaler war. Darauf wird von der Sicherheitsdirektion gegen ihn unter Berufung auf den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Kargl ein Verfahren — wegen Mißbrauch der Amtsgewalt eingeleitet. (*Kargl: Das ist nicht richtig!*) Ja, das ist richtig. Ich habe noch nicht gehört, daß ein Verfahren wegen Mißbrauch der Amtsgewalt eingeleitet wurde, weil Nazi geschützt worden sind. Der Leiter der Expositur Lilienfeld hat 24 Stunden später den strikten Beweis erbracht, daß der Nazi wirklich ein Illegaler war. Mehrere Beamte der Sicherheitsdirektion haben übrigens den Fragebogen der Säuberungskommission falsch ausgefüllt und verschwiegen, daß sie Nazi waren. Was sind das für Sicherheitsbeamte, die die Demokratie schützen sollen? Es wäre doch auch merkwürdig, wenn das von ihren Vorgesetzten niemand gewußt hätte. Aus vielen Methoden der Beamten der Sicherheitsdirektion weiß ich, daß alle unter die Lupe genommen werden müßten.

Auch in den Ämtern herrscht noch lange nicht der notwendige demokratische Geist. Das beweist die Behandlung der Opfer des Faschismus, die darüber Klage führen, daß sie noch nicht einmal ihre Legitimationen erhalten haben und daß in anderen Bundesländern die Opfer des Faschismus bei Beförderungen mehr berücksichtigt werden als in Niederösterreich.

Getarnt und offen wird auch im Lande immer wieder eine infame Russenhetze betrieben. Sie ist nicht allein auf die Tatsache der Besetzung und ihrer Folgen zurückzuführen. Es spukt noch manches von der Goebbels-Propaganda gegen die Sowjetunion in vielen Köpfen herum und der Kampf gegen den Bolschewismus ist ja ein beliebtes Schlagwort aller Reaktionen und Faschisten immer gewesen.

Niederösterreich hat auch ein besonderes Interesse an der Erhaltung des Friedens. Wir können den Gang der Ereignisse in der Welt

sehr wenig beeinflussen, selbst dann nicht, wenn der österreichische Außenminister vor einem amerikanischen Redaktionsstab eine Rede über die Lage in Österreich hält. Aber wir können vieles im Lande selbst tun, ohne daß uns ein Russe oder Franzose, ein Engländer oder Amerikaner daran hindern will oder kann, und zwar für die Sicherung der Ernährung, die Linderung der Not der breiten Massen, für den Wiederaufbau der Wirtschaft und eines einheitlichen, unabhängigen und demokratischen Österreichs.

Landesrat HALLER: Hohes Haus! Beide Herren Vorredner haben eine demokratische Zusammenarbeit verlangt. Auch wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt der demokratischen Zusammenarbeit. Ich glaube aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die demokratische Zusammenarbeit so ausschauen würde, daß wir, ohne etwas zu reden und ohne die Gegensätze auszugleichen, überhaupt gleich einig würden, so wäre das sicherlich nicht die richtige Zusammenarbeit. Das wäre vielleicht schon wieder in irgend einer Weise die Form eines Diktats. Wenn Gegensätze bestehen, so müssen sie ausgeglichen werden. Wenn daher noch so viel verhandelt und besprochen werden muß, so geschieht es doch letzten Endes nur aus dem Gedanken an die Zukunft unseres engeren Vaterlandes Niederösterreich. Wir haben uns im Finanzreferat immer bemüht, für jedes Kapitel die notwendigen Beträge bereitzustellen. Ich sage es ehrlich, am Anfang ist mir bange geworden, wo wir das notwendige Geld hiezu hernehmen werden. Herr Abg. Vesely hat ganz richtig gesagt, wir dürfen nicht daran denken, nur immer wieder Noten und Noten zu drucken, wenn wir uns auch dessen bewußt sind, daß die Besatzungskosten heute einen großen Teil der Aufwendungen darstellen. Trotzdem müssen wir trachten, alles in Bewegung zu setzen, um jedes Kapitel finanziell befriedigen zu können. Ich sage es mit großer Freude, bei uns hier ist es uns gelungen. Wir gehen dem Jahresende entgegen und werden uns in der kürzesten Zeit wieder zusammensetzen und über das Budget des kommenden Jahres verhandeln. Wir wollen hoffen, daß es uns auch im nächsten Jahr gelingen wird, die finanziellen Ansprüche ohne ein Defizit für das Land Niederösterreich bedecken zu können. Es ist klar, daß es im heurigen Jahre nicht möglich war, die bereitgestellten Gelder alle zu verwenden, aber nicht vielleicht aus dem Grunde, daß die Beamten nicht gearbeitet hätten oder daß Nachlässigkeiten in irgend einem Referat gewesen wären, nein, einzig und allein aus dem

einen Grund, weil die Baumaterialien und die Arbeiter gefehlt haben.

Wenn wir heute in Niederösterreich herumkommen, so können wir sehen, daß viele Brücken, wenn auch nur behelfsmäßig, wieder aufgebaut sind. Sie sind wieder befahrbar und die Bezirksstraßen und in erster Linie die Bundesstraßen sind bis auf ganz wenige Stücke wieder neuzeitlich ausgebessert. Sie sehen daraus, daß hier alles geschehen ist, was notwendig und möglich war. Dazu haben wir selbstverständlich sehr viele Behelfsmittel gebraucht und es hat einen sehr langen Kampf gekostet, bis ich endlich von seiten der Alliierten-Mächte Fahrzeuge zur Verfügung bekommen habe. Wir haben es nach langem Bitten durchgesetzt, daß wir aus der britischen Aktion 366 Lastkraftwagen und 14 Anhänger und das Burgenland separat durch unsere Intervention 102 Lastkraftwagen bekommen haben.

Zu meiner großen Freude habe ich in der vergangenen Woche von Herrn Oberst Kostkin die Mitteilung bekommen, daß ich 40 Traktoren und 30 Lastkraftwagen von der russischen Besatzungsmacht zur Verfügung gestellt bekomme. (*Großer Beifall.*) Ich danke dem Herrn Oberst Kostkin herzlich, denn ich weiß und bin mir klar darüber, nur seiner Intervention haben wir das zu verdanken, daß wir diese Zuweisung bekommen haben. Ich hoffe, daß uns Herr Oberst Kostkin auch in der weiteren Zukunft noch unterstützen wird und daß wir auch später noch einige Last- oder Personenkraftwagen bekommen, um wenigstens für die Krankentransporte die notwendigsten Fahrzeuglichkeiten zu haben. Mit der amerikanischen Besatzungsmacht habe ich schon über sechs Monate verhandelt, es war mir aber nicht möglich, auch von dort Fahrzeuge zu bekommen. Es stehen von uns noch 58 Feuerwehrräte in Oberösterreich, die wir aber leider nicht herunterbringen können, da hiezu die Bewilligung nicht erteilt wird. Wir haben auch von seiten der UNRRA. Wagen bekommen, wir danken hiefür, aber leider sind sie für uns untragbar, weil die UNRRA.-Wagen 40 bis 50 Liter Benzin pro 100 km verbrauchen, über die wir heute leider nicht verfügen können. Wir haben auch von der österreichischen Bundesregierung, und zwar vom Ministerium für Handel und Wiederaufbau neue Steyr-Wagen zur Verfügung bekommen, aber es ist fast unfaßbar, man schickt uns wohl die Wagen, aber leider hiezu keine Gummi. Wir haben im Ministerium vorgesprochen, daß in Zukunft entweder diese Wagen nicht gebaut und zur Verfügung gestellt werden, oder daß dafür gesorgt werden muß, daß auch der

nötige Gummi zur Verfügung gestellt wird. Es ist nämlich ganz sinnlos, jemand ein neues Fahrzeug zu geben, wenn man ihm nicht gleichzeitig die Möglichkeit gibt, daß er damit fahren kann.

Ähnlich verhält es sich auch mit unseren Motorrädern, die wir bekommen. Wir bekommen zwar Motorräder, und zwar Puch-Erzeugnisse jeden Monat zugewiesen, aber auch hiezu fehlen die nötigen Bereifungen und die nötigen Akkus. Derjenige, der über die nötigen Schillinge verfügt und sich diese Bestandteile selbst kaufen kann, freut sich, seine Gelder auf diese Art und Weise angelegt zu haben, aber für die Notwendigkeit, daß Ärzte, Tierärzte und sonstige unbedingt ein Motorrad brauchen, ist ein solcher Zustand auf die Dauer unmöglich.

Nun zum Kapitel Benzin. Ich habe mit Benzin in den letzten Monaten sehr gespart. Ich glaube, alle Herren Abgeordneten ohne Unterschied der Parteirichtung, haben vielleicht oftmals über mich geflucht, daß das Benzin zuwenig ist. Wenn wir nicht einen eisernen Vorrat an Benzin gehabt hätten, wo wären wir bei der jetzigen Verkehrsmisere hingekommen! Ich habe in der letzten Zeit nahezu 400.000 Liter Benzin zur Verfügung stellen können, und zwar zum Abtransport der Kartoffeln und zur Hereinbringung der Nahrungsmittel. Auch hier muß ich wieder unserem Landeskommandanten, Herrn Oberst Kostkin, herzlich danken, daß er sich nach einer Aussprache im Hotel Imperial bereitwilligst eingesetzt hat, daß wir zusätzlich Benzin bekommen. Hätten wir dieses Benzin nicht bekommen, so wären vielleicht, wie der Herr Abg. V e s e l y gesagt hat, nicht nur Wagen, sondern ganze Lastzüge mit Kartoffeln durch Frost verdorben. Es ist uns durch die Unterstützung des Herrn Oberst Kostkin gelungen, die Kartoffeln hereinzubringen und teilweise gut unterzubringen. Diese Kartoffeln harren nun der Verteilung. Wir wollen darangehen, auf dem Lande draußen Tankstellen für Benzin zu errichten. Wir haben diesbezüglich mehrfach Umfrage gehalten. Ich glaube, es wird uns über kurz oder lang gelingen, daß die Benzinverteilung nur mehr mittels Marken vorgenommen wird. Es bekommt der Betreffende Marken zugewiesen, so daß er sich dann Benzin kaufen kann, wo er will. Gleichzeitig soll mit dieser Einführung auch eine andere Einführung in Kraft treten, und zwar der sogenannte Reifenpaß. Hier muß ich vor aller Öffentlichkeit bitten, daß wir dann von allen Seiten unterstützt werden, um es endlich zu ermöglichen, daß manche Klagen, die mir von den Herren Abgeordneten zukommen, abgestellt werden können. Es gibt draußen noch immer illegale,

die ohne eine Benzinzuweisung spazierenfahren und die schönsten Autos zur Verfügung haben, während nicht einmal sämtliche Landesräte einen eigenen Dienstwagen benützen können. Ich habe diesbezüglich schon einmal angeregt, man möge in irgend einer Form diesbezüglich etwas unternehmen. Ich glaube, mit dem Reifenpaß wird es uns gelingen, nur müssen hier die Herren Bezirkshauptleute mitarbeiten und es darf nicht vorkommen, daß der eine oder andere ohne Berechtigung auf Grund einer Fürbitte weiter Auto fährt. Uns stehen keine Wagen zur Verfügung, wir wissen aber, daß es hunderte Motorräder und Autos gibt, die nicht berechtigt sind, zu fahren. Die Benzinzuweisung spielt bei diesen nicht die ausschlaggebende Rolle, denn Benzin kann man in Niederösterreich immer kaufen. Bei diesen Herren, die draußen mit diesen Wagen herumfahren, spielt es ja keine Rolle, ob das Benzin 5, 8 oder 10 Schilling kostet.

Ich war vor kurzer Zeit in Tulln und habe dort ein Auto beobachtet, auf dem 20 Kanister Benzin geladen wurden. Ich habe mich erkundigt, wieso das möglich ist und habe erfahren, daß man den Kanister zu 20 Liter um 40 bis 50 Schilling kaufen kann. Benzin ist heute eine Ware, die im Schleichhandel viel Geld verdienen läßt. Man kann heute ungeniert über die Demarkationslinie fahren, man braucht nur den Identitätsausweis. Man fährt einfach nach Graz oder Klagenfurt oder sonst wohin, füllt dort seine Kanister und fährt wieder heraus. Das ist der beste Verdienst, den es überhaupt gibt. Das alles wird sich aufhören, wenn wir über unser Benzin selbst verfügen können. Auch da möchte ich an Herrn Oberst Kostkin die ergebenste Bitte richten, er möge uns unterstützen, daß wir von Zistersdorf wenigstens den Teil freibekommen, der vor dem Jahre 1938 in Österreich bestanden hat.

Das russische Oberkommando hat in der letzten Zeit verschiedene Güter, die beschlagnahmt wurden, freigegeben. Vielleicht wird auch die Zeit kommen, daß wir Zistersdorf freibekommen und dann braucht dem Lande Niederösterreich und vielleicht auch dem österreichischen Finanzminister in Zukunft nicht mehr bange zu werden, wo wir die Schillinge hernehmen sollen, denn mit den heutigen Erzeugnissen aus Zistersdorf können wir im Kompensationswege leicht die notwendigen Lebensmittel aus dem Auslande hereinbekommen.

Wir haben in der letzten Zeit über Antrag des Herrn Landeshauptmannstellvertreters P o p p zum Zwecke der Verteilung der Wagen, der Motorräder, des Benzins und der Reifen eine eigene Kommission, bestehend aus einem Vertreter der Arbeiterkammer, der Handels-

kammer, der Landwirtschaftskammer und der Landesregierung, geschaffen und ich muß sagen, daß in dieser Kommission eine wirklich demokratische Zusammenarbeit herrscht. Jeder einzelne der Herren, der dort sitzt, weiß, um was es geht und was notwendig ist, und es ist noch immer gelungen, daß wir uns, wenn auch nach schwierigen Verhandlungen, gefunden haben.

Zum Kapitel Randgemeinden, dem sogenannten Niemandsland in Österreich, das Herr Abgeordneter Vesely angeschnitten hat, möchte ich folgendes richtigstellen. Es braucht keine Kommission geschaffen werden, denn die Kommission besteht bereits, und zwar in einer Form, daß sie, wie ein Herr ganz richtig gesagt hat, als eine zweite Niederösterreichische Landesregierung vielleicht als Übergang zur Wiedervereinigung Wiens und Niederösterreichs angesehen werden kann. (*Zwischenruf links: Wir hoffen, daß dies bald wird!*) Die Kommission besteht also schon und es handelt sich nur mehr um ihre Konstituierung. Ich hoffe, daß es bald der Fall sein wird. Wir in Niederösterreich sind jederzeit zur Zusammenarbeit bereit, obwohl wir heute noch nicht so wie die Wiener über alles, was in den Randgebieten geschieht, informiert sind. Wir wissen zwar von unseren Leuten, daß dort immer Forderungen wegen Benzin-, Gummi- und Wagenzuteilung auftauchen und daß, wenn es zum Geben kommt, wir zahlen sollen; wenn es aber zum Nehmen kommt, dann ist der Finanzreferent der Stadt oder des Landes Wien derjenige, der die Gelder bekommt. Also auch da müssen wir uns zuerst finden. An den jetzigen Zuständen in den Randgemeinden sind weder die Landesregierung von Niederösterreich noch die von Wien schuld, sondern einzig und allein der Umstand, daß das bezügliche Gesetz von den Alliierten-Mächten noch nicht bestätigt ist. Wäre das nur schon der Fall! Man hatte gehofft, in den nächsten 14 Tagen werde die Zustimmung gegeben, da wir doch dieses Gesetz schon längst beschlossen haben. Aber leider ist das nicht der Fall gewesen.

Einige Worte noch zur Vermögenssicherung, auch ein Referat, das sehr unangenehm ist. Aber wenn man im Lande herumkommt und man sieht, was an Vermögen verloren geht und verschleppt wird oder noch irgendwo in den Straßengraben oder auf den Wiesen und Äckern herumliegt oder was durch Sprengungen zugrunde geht, dann ist es auch hier notwendig, mit den Besatzungsmächten zu verhandeln, damit wir diese Materialien, die wir so dringend brauchen, zur Verfügung bekommen.

Zum Schluß noch einige Worte. Die Sicherheitsverhältnisse sind derzeit in Niederösterreich sehr triste. Es ist gefährlich, nach Eintritt der Finsternis nach irgend einer Richtung, hauptsächlich im Viertel unter dem Wienerwald, eine Fahrt zu unternehmen. Man ist nicht sicher; früher ist man ohne Auto nach Hause gekommen, aber heute ist es sehr oft der Fall, daß noch weitere Übergriffe vorkommen.

Auch in dieser Richtung möchte ich Herrn Oberst Kostkin bitten, sich mit unserer Sicherheitsdirektion ins Einvernehmen zu setzen, daß wieder Patrouillen eingeführt werden, die draußen herumfahren, und daß die Sicherheitsverhältnisse in Niederösterreich so ausgebaut werden, daß man von einer Stadt in die andere fahren kann, ohne überfallen und beraubt zu werden.

Es wurde auch über die Einstellung dieser oder jener Partei nach dieser oder jener Richtung gesprochen. Ich glaube, wir alle ohne Unterschied der Partei brauchen weder eine Richtung nach Westen noch eine Richtung nach Osten, wir brauchen nur die Einstellung in der Richtung eines freien und unabhängigen Österreichs. (*Großer Beifall rechts.*)

Abgeordneter WONDRAK: Hoher Landtag! Es hat uns der Herr Landeshauptmann in einem sehr umfangreichen Exposé die Darstellung zu geben versucht, wie die wirtschaftliche Situation des Landes Niederösterreich beschaffen ist. Es wurden eine Menge von Zahlen, Vergleichen und Zusammenstellungen vorgelegt und daraus der optimistische Schluß gezogen, daß die Dinge in Niederösterreich bereits nach aufwärts gehen. Wenn man aber die Dinge kritisch beurteilt, so kann man den Eindruck nicht gewinnen, daß die Menschen das Gefühl haben, daß sie vor einer merklichen Besserung der verzweifelten Lage stehen, im Gegenteil, es ist durchaus keine Übertreibung, wenn man davon spricht, daß die überwiegende Mehrzahl in diesem Lande, gleichgültig ob in der Stadt oder auf dem Dorfe, das Gefühl besitzt, bzw. die Überzeugung hat, daß ein wirklicher Aufstieg in diesem Lande trotz der einhalbjährigen Waffenruhe noch nicht erfolgt ist. Die Unsicherheit ist so groß, daß jede Unternehmungslust erlahmt und Dinge, die man vor einigen Monaten hoffnungsvoll anpacken wollte, sind zum Stillstand gekommen. Ich glaube, es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn die Volksvertreter sagen würden, es sei alles getan und in Niederösterreich sei schon so viel geschehen, daß man ernstlich behaupten könne, daß die Krise überwunden sei. Wenn wir, nachdem schon die ganze Situation von verschiedenen Rednern beleuchtet wor-

den ist, nur einige Dinge herausgreifen, nämlich die Industrie und das Gewerbe, so wird es uns sofort klar, daß auf dem ganzen Gebiete der industriellen und gewerblichen Produktion augenblicklich unglaubliche Schwierigkeiten bestehen. Die Betriebe wursteln von einem Tag auf den anderen fort, es fehlt nicht nur an Rohmaterialien, an Halbfabrikaten und an Brennstoffen, sondern es kommt in den letzten Wochen noch die unleidliche Stromabschaltung dazu, was einen ganz gewaltigen Ausfall unserer Produktion mit sich bringt. Gewissenhafte Betriebsleiter wissen von einer Woche auf die andere nicht, woher sie das Notwendigste nehmen sollen, um den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten. Es gibt keine Planung und kein Produktionsprogramm, sondern nur das, was zufälligerweise über die Kompensationsgeschäfte an Rohmaterialien oder Halbfabrikaten hereingebracht werden kann. Diese werden ziemlich planlos verarbeitet und eine Fertigstellung ist vielfach nicht möglich, weil sich herausstellt, daß immer noch Dinge fehlen, die unter keinen Umständen aufgebracht oder hereingebracht werden können. Ich bin nicht der Meinung, daß nur die großen politischen Fragen allein daran die Schuld tragen. Es ist unbestritten, daß das Problem Österreich, wie es in der Welt heute besteht, bei uns in der Wirtschaft ihren vollen Niederschlag findet und daß eine Unsicherheit in der Weltpolitik auch in der Wirtschaftspolitik ihren Niederschlag findet. Es gibt aber Dinge, die meines Erachtens im Lande selbst bereinigt werden könnten. Mir sind vor einigen Tagen einige Fälle mitgeteilt worden, aus denen zu ersehen ist, wie wenig hier im Lande Planwirtschaft betrieben wird. Es wurde heute schon einmal darauf hingewiesen, daß wir einen Wiederaufbauausschuß haben. Damals wurden daran viele Hoffnungen geknüpft und wir sind der Meinung gewesen, daß man sich nicht mit Reden begnügen wird, sondern daß man sich praktisch jeden einzelnen Fall anschauen wird. In den einzelnen Betrieben wäre festzustellen, was fehlt oder was abgegeben werden kann, um dem Nächsten helfen zu können. Eine Systematik ist notwendig, um den Ausgleich der verschiedenen Möglichkeiten zu finden. Das ist aber nicht der Fall. Wie könnte es sonst möglich sein, daß z. B. Ziegelwerke noch stillliegen, wiewohl sie mit ganz geringen Kosten ihren Betrieb eröffnen oder mit einem einzigen Treibriemen die Produktion aufnehmen könnten.

Mir ist vor einigen Tagen mitgeteilt worden, daß in einer Weberei Vertrauensmänner der Arbeiterschaft einer Besprechung beigezogen wurden. Da wurde festgestellt, daß im Webstuhl die Ketten wohl eingezogen sind, daß

aber leider mit der Arbeit nicht begonnen werden kann, weil das Schußgarn dazu fehlt. Auf die verwunderte Frage dieser Männer, ob denn dieses Schußgarn nicht zu haben wäre, wurde ihnen mitgeteilt, daß kaum 20 km von dieser Fabrik entfernt dieses Schußgarn ohne weiteres zu haben wäre, aber die berühmten Wirtschaftsverbände, die in eklatantester Form ihre Unfähigkeit immer wieder beweisen, bringen es nicht zustande, daß im eigenen Lande, also ohne Demarkationslinie und ohne Besatzungstruppen, dieser normale Austausch von Halbfabrikaten erfolgt und damit die wichtige Fabrikation von Arbeitskleidern aufgenommen werden könnte. Hier also müßte man ansetzen und im Lande alles tun, was möglich ist, damit das Vorhandene auch richtig organisiert und eingesetzt wird und unserer Produktion dient. Wir erleben es tagtäglich praktisch, daß Handwerker, z. B. Schmiedemeister, kommen und erklären, es fehle ihnen an Schmiedekohle und sie können daher bei bestem Willen die für die Landwirtschaft unerläßlichen täglichen Arbeiten nicht machen. Das müßte meines Erachtens nicht sein, denn es wäre durchaus möglich, hier einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen und die Schmiedekohle oder den kleinen Koks, der notwendig ist, den Schmiedemeistern zur Verfügung zu stellen. Dadurch wäre gewiß dem Gewerbe, dem Handwerk und der Landwirtschaft gleichzeitig zum Aufstieg verholfen.

In dem Exposé des Herrn Landeshauptmannes wurden auch Dinge nicht erwähnt, die unseres Erachtens unbedingt in der nächsten Zeit gelöst werden müssen. Zunächst ist die Frage der Beschaffung von Wohnungen in Städten und Industrieorten von großer Wichtigkeit. Zu den schrecklichsten Erscheinungen der Nachkriegszeit gehört die Wohnungsnot. Es ist leider nicht möglich gewesen, alle die beschädigten Häuser vor dem vollkommenen Verfall zu schützen, da man leider nicht in einer überlegten Planung mit der Produktion der Dachziegel begonnen hat, was wichtig wäre, um die Häuser vor dem vollständigen Verfall zu retten. Man hat sich viel zu wenig darum gekümmert und die Sache steht nun so, daß durch den natürlichen Verfall der zerstörten Häuser noch ein weiterer schwerer Verlust an Wohnungen treten wird, der nicht so bald wieder gutgemacht werden kann.

Ich möchte daher dringend bitten, daß das Land Niederösterreich ein großzügiges Wohnungsprogramm einleitet, daß dem Siedlungswesen größte Aufmerksamkeit entgegengebracht wird und daß Siedlungsträger geschaffen werden, die jetzt die Wintermonate dazu benützen, um durch geschicktes Planen



alle Vorbereitungen zu treffen, die notwendig sind, damit die Menschen, die seit Jahren auf Wohnungen warten, mindestens im nächsten Jahre begründete Hoffnung haben, zu einer Wohnung zu kommen. Wenn diese Menschen sehen, daß bereits gebaut wird, daß sie also daran glauben können, was man ihnen verspricht, dann werden sie sich beruhigen und werden ihre unmögliche Lage in ihren Löchern und gesundheitswidrigen Unterkünften noch einen Winter ertragen.

Die Produktion von Baumaterialien, von der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl gesprochen hat, reicht allein nicht aus und würde unter keinen Umständen genügen, um auf diesem Gebiete auch nur teilweise etwas zu schaffen.

Ich glaube, noch eine andere Frage hätte in das Exposé des Herrn Landeshauptmannes hineingehört und das ist die Frage der sozialen Fürsorge. Es geht nicht an, daß die Familienunterstützung an die Frauen jener Männer, die am längsten der Heimat fern sind, heute so niedrig ist, daß die Frau mit den Kindern buchstäblich hungern muß. Auch die Sätze der Fürsorgeunterstützungen sind so gehalten, daß sie nicht ausreichen, um die Hungerrationen aus der Zuweisung zu decken. Wir müssen uns dazu bequemen, die Sätze der Fürsorge zu erhöhen und ich glaube, daß angesichts der kommenden Weihnachtsfeiertage das Land Niederösterreich etwas tun wird müssen, um diesen armen Leuten eine wirksame Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie sich wenigstens das, was ihnen geboten wird, auch kaufen können. Wir dürfen diese Menschen nicht zweifeln lassen; sie haben schon so viel gelitten, sie warten noch immer auf ihren Ernährer und verstehen es nicht, daß man ihrer ganz vergessen hat. Sprunghaft gehen die Lebensmittelpreise in die Höhe, man versucht, die Löhne und Gehälter nachhinken zu lassen und gerade für diese bedürftigen Menschen hat man bisher keinen Schilling übrig gehabt.

Abschließend möchte ich die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses darauf richten, daß durch die Lohnangleichung an die steigenden Preise auch die Gemeinden in die schwierigste Lage gebracht werden. Es kann unseres Erachtens nicht übersehen werden, daß man nach der Richtung hin den Gemeinden wirksame Hilfe angedeihen lassen muß. Wir sind alle davon überzeugt, daß dieses Land und dieser Staat nur dann leben kann, wenn gesunde, lebenskräftige Gemeinden die Grundlage bilden. Die Gemeinden sind aber heute infolge des Umstandes, daß so wenig produziert werden kann und dadurch die Steuereingänge immer mehr zurückgehen, die Auslagen aber zwangsläufig

steigen, in eine Notlage geraten, die meines Erachtens unbedingt Beachtung finden muß. Zusammenbrechende Gemeinden würden den Aufstieg Niederösterreichs unter allen Umständen verhindern.

Das alles sind Dinge, die wir allein durchführen können, wo wir niemand zu beschuldigen brauchen und wo wir zeigen können, ob wir wirklich die sittliche Kraft haben, daß wir alles das tun, was die jetzige schwere Zeit von uns verlangt, um den Wiederaufbau Niederösterreichs tatsächlich in die Wege zu leiten. *(Lebhafter Beifall links.)*

Abgeordneter ZACH: Ich will anknüpfen an den Schlußsatz des sehr verehrten Herrn Vorredners, der gesagt hat, daß es Dinge gibt, die wir machen können, ohne irgend jemand einen Vorwurf machen zu müssen. Ich glaube, daß wir uns gerade mit diesem Punkt in allen Zusammenkünften, ob sie nun in engeren Parteikreisen oder in den Vertretungskörpern stattfinden, am meisten beschäftigen sollten. Man muß sich fragen, wieso sind denn in den ausländischen Zeitungen, die die Verhältnisse Österreichs nur vom Hörensagen oder vom Lesen kennen, solche Urteile über Österreich möglich? In unseren Zeitungen und Zeitschriften wird so viel von Mißwirtschaft, Mißzuständen in unserem lieben Vaterland geredet, daß sich sicher viele sagen müssen, wie ist es denn möglich, daß in einem Lande, wo so große Not herrscht, Zeit für derlei Dinge ist. Es müßte doch endlich der Tag kommen in Österreich, wo sich alle zusammensetzen und sagen, wir bilden jetzt eine Notgemeinschaft und verpflichten uns, soundso lange über dies und jenes nicht mehr zu sprechen, sondern es so oder so zu machen. Wo die Demokratie urbeheimatet ist, darf man Anträge usw. nur dann stellen, wenn man sofort die Bedeckung dafür sagt oder hiezu sofort einen positiven Vorschlag macht. Es ist schon so im menschlichen Leben, daß ein kleines Antupfen genügt, um den Nebenmenschen, ich will nicht sagen Parteigegner, herauszulocken. Heute ist ein Wort gefallen, das mir schwer am Herzen liegt. Einer der verehrlichen Anwesenden hat einen Zwischenruf gemacht, der lautete: „Vergessen sind die Tage des KZ.-Lagers“ und einige Herren haben dazu sogar gelacht. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit solchen Worten darf man nicht spielen. *(Zwischenruf: Sehr gut!)* Es ist ja möglich, daß es einige gibt, die diese Tage schon vergessen haben. Es war eine Zeit, wo es ein geflügeltes Wort in unserem Vaterlande war, daß in diesen KZ.-Lagern an manchen Leuten Erziehungsarbeit geleistet wurde. Nun, wer das selbst mitgemacht hat, wird zugeben müssen, und wenn

er nur einige Tage dort war, daß es mit der Erziehungsarbeit in den KZ.-Lagern sehr schlecht ausgesehen hat und daß die dunkelsten Triebe des Menschen, aus der Not heraus geboren, wachgerufen wurden. Sind Sie nicht böse, daß ich das sage, aber wenn man manchmal die Presse liest, dann tut einem das Herz weh. Es ist wirklich fürchterlich, wenn man sehen muß, daß es bei uns so zugeht, wie bei manchen Vögeln, die den primitivsten Anstand nicht wahren können und ins eigene Nest machen. Wenn einmal das Volk wirklich demokratisch mitreden könnte, dann würde die gesamte Bevölkerung in irgend einem Vertretungskörper rufen: „Wir wollen von diesen Dingen jetzt so lange nichts mehr hören, bis unser Magen voll ist und wir ein schützendes Dach über dem Haupte unserer Lieben haben.“

Wenn man weiterfährt, dem Volke das Parteileben zum Ekel zu machen, dann wird das zur Ablehnung der Parteien führen. Ich glaube, wir müssen uns das von Zeit zu Zeit wirklich so recht vor Augen halten. Wenn da von einem Parteibrief gesprochen wurde, so habe ich mir gedacht, hättest doch deinem Vorgesetzten untreu werden sollen und hättest einen amtlichen ministeriellen Brief mitnehmen sollen, wo von einem hohen Beamten im Ministerium geschrieben wird: „Genosse, du wirst aufgefordert, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß nur der Genosse soundso Abteilungsleiter in dem Amte wird.“ (*Widerspruch links des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Popp*). Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist im niederösterreichischen Landesarbeitsamt gewesen und das gehört zu Niederösterreich. Durch Zwischenrufe glaube ich nicht, daß man das aus der Welt schaffen kann. Ich frage die Anwesenden, ob sie von mir jemals in diesem Hause einen Zwischenruf gehört haben, ich glaube nicht. Es ist nicht sehr gut, wenn diese einst gäng und gäbe gewordenen Dinge wieder aufleben.

Richtig ist auch, daß die Beratungen hier in Niederösterreich zu selten sind, aber das hat auch seinen Grund. Wenn man die Ausgedehtheit des Landes Niederösterreich betrachtet und die Verkehrsverhältnisse Niederösterreichs mit denen Oberösterreichs, Steiermarks und Salzburgs vergleicht, dann muß man auch sagen, die Verkehrsverhältnisse in Niederösterreich sind leider nicht so günstig wie dort. Wenn mir ein Abgeordneter, der dem Hause nicht angehört, vor einigen Tagen gesagt hat, ich habe, um eine Fahrt nach Wien zu machen, Benzin und außerdem 100 S für das Auto hergeben müssen, weil damals kein Zugverkehr gewesen ist, dann sieht man, woran es in unserem Lande noch immer krankt.

Wir sind dem Finanzreferenten dafür dankbar, daß er gesagt hat, er hoffe, daß die Benzinzuweisungen in Zukunft kräftiger und ausgiebiger sein werden.

Nun nur noch einige Sätze zum Wiederaufbau. Es ist richtig, daß bei uns der Wiederaufbau noch nicht begonnen hat und die Vorarbeiten noch nicht im richtigen Lauf sind. Das ist darauf zurückzuführen, weil die Freude an dieser Arbeit noch nicht hochkommen konnte und weil es eben an den Voraussetzungen, den Baustoffen, mangelt. Wenn man hört, daß gewisse Gruppen von Arbeitern arbeitslos werden sollen, und zwar jetzt vor Einbruch der Frostzeit, dann sage ich, daß man jetzt schon Vorsorge treffen muß, daß all die Arbeiten, die auch in der Frostzeit gemacht werden können, jetzt wenigstens vorbereitet werden. Es gibt so viel weg- und abzuräumen, daß die freierwerbenden Kräfte dazu nicht ausreichen werden, um diese Arbeit leisten zu können. Da ist es auch notwendig, daß vor allem der Fahrpark in Niederösterreich konzentriert wird. Im Winter wird es keine Kartoffel- und Rübentransporte geben, es darf aber trotzdem kein Wagen stehen, solange gewisse Holzmassen nicht in Bewegung gebracht und gewisse Schuttmassen nicht abgeführt worden sind. Der Winter hat die Voraussetzungen zu schaffen, daß im Frühjahr mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Ich habe schon zweimal in diesem Hause den Notruf ausgestoßen: Vergeßt die ganz zerschlagenen Städte und Dörfer in Niederösterreich nicht! Es hat ein hervorragender Wirtschaftler den Ausspruch getan: „Es ist unmöglich, daß in einem großen Reich oder in Europa eine Gesundung eintreten kann, wenn irgend ein Land vollständig darniederliegt.“ Ebenso gibt es in Niederösterreich und in ganz Österreich keine Gesundung, wenn nicht der Herd der Resignation und der Niedergeschlagenheit beseitigt wird und wenn nicht alle zusammenstehen, um den Menschen den Glauben an eine Lebensmöglichkeit wiederzugeben. Es gibt Städte und Märkte in Niederösterreich, wo die Menschen ihre Wohnung, die Einrichtung, das Geschäft und alles verloren haben und zu guter Letzt wird ihnen noch das Sperrkonto nicht freigegeben, weil es heißt, für Wiederaufbauzwecke sind die Sperrkonten nicht ohne weiteres zu öffnen. Das ist ein unmöglicher Zustand. Wenn einer heute schreibt, er braucht die Gelder zur Nachschaffung von Kleidern, dann ist es möglich, Gelder freizubekommen, aber für die Wohnung und für das Geschäft nicht.

Die Wiederaufbaukommission muß zusammentreten und die Vorbedingungen für einen großzügigen Wiederaufbau schaffen. Da-

zu ist es notwendig, daß die eiserne Faust nicht in diktatorischer, sondern in planender und ordnender Weise wirksam wird. Das ist keine leere Phrase. Es muß auch die von mir aufgezeigte Notgemeinschaft wirklich aktiviert werden in dem Sinne, daß man sagt, alle, die den Wiederaufbau hindern und Dinge machen, die nicht in Ordnung sind, haben, gleichgültig ob Bauer, Bürger oder Arbeiter in den Fabriken, gleichmäßig unter die Strenge des Gesetzes zu fallen. Es wäre nicht schwer, aus den verschiedenen Industriezweigen hierfür Beispiele anzuführen, die aber Ausnahmen darstellen. Selbstverständlich arbeitet der Großteil der Arbeiterschaft unter den schwierigsten Bedingungen, aber es gibt auch da Ausnahmen. Ebenso ist es in der Landbevölkerung. Die weit überwiegende Mehrheit hat wirklich unter den schrecklichsten Bedingungen ihre Pflicht erfüllt und weil ein paar dabei sind, die es nicht tun, wird oft unbewußt die Gesamtheit irgendwie angegriffen oder gekränkt. Es muß so weit kommen, daß jeder, der seine Pflicht erfüllt, gleichgültig welcher Partei oder Gruppe er angehört, weiß, er wird von den anderen, wenn schon nicht geliebt, so doch geachtet. Eine wichtige Voraussetzung für den baldigen Beginn des Wiederaufbaues ist auch, daß mit materiellen Wiederaufbau der geistige Wiederaufbau unserer Jugend Hand in Hand geht. Unsere Pflicht ist es, der Jugend, die parteimüder ist als die Erwachsenen, den Glauben an die Zukunft zu geben. Ich gebe dem Abgeordneten Vesely recht, wenn er sagt, daß es keine Demokratie ist, wenn eine so große Parteidümmigkeit und Resignation unter der Jugend herrscht. Daher ist es unsere Aufgabe, der Jugend ein Bild der Demokratie vor Augen zu führen, das sich unterscheidet in allen Lichtfarben von der Demokratie, die uns in der ersten Republik gezeigt wurde. (*Beifall rechts.*)

Abgeordneter NIEMETZ: Hohes Haus! Es sind hier Worte gefallen, die ganz bestimmt nicht nach dem Geschmack vieler unserer Zuhörer waren. Es wurde die Demokratie der ersten Republik besprochen. Die Demokratie der ersten Republik war vielleicht in mancherlei beispielgebend und wenn die Demokratie nicht das hielt, was das Volk sich von ihr versprochen hat, so sind es wahrlich nicht die damaligen sozialistischen Mandatäre gewesen, die die Schuld daran tragen. Wenn heute ein ministerieller Brief erwähnt wurde, so ist das vielleicht auch eine kleine Entgleisung, denn die Sache ist schon so, daß jedes A auch ein B hat.

Ich will nicht zu weit gehen, nachdem schon von anderer Seite so viel davon die Rede war,

sondern ich will nur sagen, es soll nicht vorkommen, daß diejenigen, deren Häuser durch Kriegshandlungen beschädigt wurden, wegen des Baustoffmaterialmangels ihre Häuser nicht instandsetzen können, während genau zu der gleichen Zeit Häuser, die gar nicht kriegsbeschädigt sind, niedergerissen wurden und mit Baumaterial, das sich der Bauherr versorgt hatte, in einem Zustand wieder erbaut werden konnten, der mit dem früheren nicht zu vergleichen war. Sie sehen, man soll in dieser Sache vorsichtig sein und die Ausschüsse, die man in den verschiedenen Sektionen einzusetzen beabsichtigt, müssen dazu beitragen, diese Miß- und Übelstände aus der Welt zu schaffen.

Ich habe mir eigentlich vorgenommen, nur zu dem zweiten Abschnitt des Berichtes des Herrn Landeshauptmannes Stellung zu nehmen, und zwar zum Kapitel Fremdenverkehr und Gewerbe. Unser Fremdenverkehr, der bestimmt einer der wichtigsten Teile unserer Volkswirtschaft ist, hat während des Krieges furchtbar gelitten. Während des Krieges wurden die Gaststätten, Hotels, Sanatorien durch die deutsche Wehrmacht für Schulungslager, Wehrtüchtigungslager usw. beansprucht. Auch die Partei als solche brauchte große Räume zur Unterbringung ihrer vielen Parteiinstitutionen. Vielfach mußten die Gaststätten auch dafür sorgen, daß die Parteiinstitutionen die von ihnen gebrauchten Räumlichkeiten erhielten. Durch Bombenangriffe sind nun viele Beherbergungsstätten, Hotels und dergleichen zerstört worden, aber noch mehr litten diese Fremdenbeherbergungsstätten in der Nachkriegszeit. Viele sind während der Kriegshandlungen teilweise zerstört worden, die meisten haben aber in der Nachkriegszeit durch lichtscheues Gesindel und herumziehende Banditen dadurch gelitten, daß sie demoliert oder ihrer Inneneinrichtung beraubt wurden, so daß vielerorts nur die nackten Mauern ohne Fenster und Türen dastehen. Die restlichen intaktgebliebenen Hotels und Gaststätten sind durch die Besatzungstruppen belegt. Die Stadt Baden, welche durch die vorher geschilderten Umstände besonders gelitten hat, meldete im Jahre 1936 für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober 570.154 Nächtigungen. Ich glaube, es ist nicht notwendig, darauf hinzuweisen, was eine so große Anzahl von Nächtigungen an Einnahmen für die Stadt bedeuten. Die aus dem Fremdenverkehr der Gemeinde Semmering zufließenden Einnahmen aus dem Titel der Fremdenzimmerabgabe, Fürsorgeabgabe, Kurtaxen usw. betragen im Jahre 1937 231.599 Schilling. Selbst im Kriegsjahr 1943 brachte der Semmering eine Einkommensteuer von 324.576 Reichsmark und eine Lohnsteuer von

110.687 Reichsmark auf. Diese zwei Beispiele zeigen schon die eminente Wichtigkeit des Fremdenverkehrs für Bund, Land und Gemeinden auf. Wenn ich noch erwähne, daß im Jahre 1937 aus dem Fremdenverkehr auf dem Semmering 235.000 Schilling der Nationalbank an Valuten und Devisen zugeflossen sind, dann können wir daraus ermessen, ein welcher wichtiger Teil der Volkswirtschaft der Fremdenverkehr ist. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es im Interesse des Bundes und Landes gelegen, die Fremdenindustrie zu unterstützen und ihr jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Die einzelnen Privatunternehmen sind außerstande, die großen Schäden, die der Fremdenverkehr während des Krieges erlitten hat, mit eigenen Mitteln zu beheben. Der Semmering zum Beispiel schätzt die Instandsetzungskosten auf mindestens 35 bis 40 Millionen.

Nun zum Gewerbe. Ein Großteil dessen, was ich für den Fremdenverkehr gesagt habe, trifft auch auf das Gewerbe zu. Auch das Gewerbe hat durch den Krieg furchtbar schwer gelitten. Da das Gewerbe ein so wichtiger Zweig unserer Volkswirtschaft ist, müssen Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um den so schwer um seine Existenz ringenden Gewerbetreibenden zu helfen und das Gewerbe als solches zu fördern. Vor allem ist es notwendig, in den Fachschulen für einen tüchtigen Nachwuchs zu sorgen. In den Jahren 1938 bis 1945, unter der damaligen Regierung, wurde wenig Wert auf die Ausbildung der Lehrlinge gelegt, man hatte nur Interesse an der Ausbildung von Serienarbeitern und Soldaten. Die Erzeugnisse der Gewerbetreibenden kommen der ganzen Volkswirtschaft zugute. Es wäre daher wohl zu verantworten, wenn die Gewerbetreibenden bei der Vergabe von Baumaterial, Maschinen usw. bevorzugt berücksichtigt würden. Materialmangel herrscht bei allen Gewerben, auch bei dem Bekleidungs-gewerbe wirkt er sich furchtbar aus. Kein Schneider, kein Schuster, niemand hat Material und die so schwer geprüfte Bevölkerung kann sich auch wirklich nicht das Geringste anfertigen lassen. Was sollen die Bürgermeister draußen den Leuten, die täglich zu ihnen kommen, sagen, wenn sie fragen, wo soll ich für mich und für meine Kinder Bekleidung und dergleichen hernehmen? Was sollen wir ihnen und auch unseren Heimkehrern sagen? Ebenso schlecht oder noch schlechter wirkt sich beim Baugewerbe der herrschende Mangel aus. Wo soll z. B. der Zimmermann das Holz hernehmen? Genau dasselbe trifft beim Schlosser zu. Der Spengler hat kein Blech und kein Löt-zinn. Für das Wichtigste, für die Dächer fehlen sämtliche Deckungsmöglichkeiten. Die

beste Gewerbeförderung in der Jetztzeit wäre wohl, wenn man das Gewerbe mit genügend Material versorgen könnte. Die gesamte Bevölkerung würde dadurch profitieren. Es soll daher Aufgabe des Bundes und des Landes sein, dafür zu sorgen, daß in dieser Beziehung dem Gewerbe geholfen wird. Zu erwägen wäre die Hilfe im Sinne der Errichtung eines Wiederaufbaufonds. Es ist ausgeschlossen, daß der Privatunternehmer mit eigenen Mitteln diese Mängel beheben kann. Es ist daher Aufgabe des Bundes und des Landes, daß diesen Menschen geholfen wird. Zu erwägen wäre weiters eine Hilfe in Form der Übernahme der Ausfallhaftung durch das Land oder den Bund bei Gewährung von unverzinslichen Darlehen.

Zum Schluß möchte ich ersuchen, daß sämtliche Stellen trachten sollen, unserer Fremdenindustrie, unserem Gewerbe und unserem Handel zu helfen, damit alle miteinander mithelfen können an dem so notwendigen Aufbau unseres so schwer geprüften Landes Niederösterreich. *(Beifall links.)*

Dr. RIEL: Hoher Landtag! Zuerst möchte ich vor allem meine Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß alle drei demokratischen Parteien des Landtages sich auf eine einheitliche Resolution geeinigt haben. Ich schließe daraus und glaube, das mit Recht tun zu dürfen, daß hier von allen drei Parteien die Wichtigkeit des Ernährungsproblems vor allen anderen Problemen anerkannt wird. Darüber hinaus muß ich den weiteren Schluß ziehen, daß sämtliche drei Parteien bestrebt sind, mit vereinten Kräften dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn man auch vielleicht in dieser oder jener Richtung verschiedener Meinung ist, wie z. B. darüber, wie die Mittel zur Anwendung zu bringen sind. Es gilt hier der alte Grundsatz, das alte lateinische Sprichwort „Primum vivere, de inde philosophare“. Es ist notwendig, daß wir in erster Linie darauf bedacht sind, unsere Bevölkerung wieder ausreichend zu ernähren. Vor dieser Erwägung muß jede andere Erwägung zurücktreten. Darüber hinaus stehen wir vor einer anderen Frage, die wohl damit nicht in unmittelbarem Zusammenhang steht, aber auf diese Wurzel zurückzuführen ist.

Wir haben heute über die Verdrossenheit und Parteimüdigkeit vieler Menschen in unserer Bevölkerung geklagt. Parteimüdigkeit und Abkehr von Politik und politischen Dingen ist letzten Endes darauf zurückzuführen, daß zum Politisieren ein gewisses Temperament gehört und dieses Temperament ist nur dann vorhanden, wenn ein Überschuß von Kräften vorhanden ist.

Ein weiterer Punkt der Resolution kann uns Niederösterreicher mit Stolz erfüllen, daß näm-

lich Niederösterreich bisher bezüglich seiner Ablieferungspflicht weitaus den Vorrang gegenüber anderen Bundesländern hat. Das ist deshalb notwendig zu betonen, weil Ende September oder Anfang Oktober anders lautende Nachrichten in der Presse zu lesen waren; es hat sich aber herausgestellt, daß diese Nachrichten irreführend gewesen sind. Vor allem ist es eine bekannte Tatsache, daß die Statistik immer nachhinkt, wenn bereits Tatsachen eingetreten sind. Ich könnte da selbst etwas erzählen. Ich bin nämlich vom russischen Kommandanten in Kréms darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Verwaltungsbezirk Kréms von seiten der Landwirte die Ablieferungspflicht nicht erfüllt worden sein sollte. Ich habe mir daher sofort die Ortsvorsteher zusammengerufen und mit ihnen die ganze Angelegenheit besprochen und dabei hat sich herausgestellt, daß dieses statistische Material, das der Kommandantur vorgelegen ist, auf einen Zeitpunkt zurückgeht, der mitten in die angestrengtesten landwirtschaftlichen Arbeiten, mitten in die Weinlese gefallen ist, wo es also nicht möglich war, der Ablieferungspflicht zu genügen, weil eben dringende landwirtschaftliche Arbeiten zu machen gewesen sind. Es hat sich dann gezeigt, daß, nachdem das Ärgste überwunden war, die Ablieferung in Schwung gekommen ist. Wir dürfen nicht vergessen — es ist das hier schon mehrmals im Landtage erwähnt worden —, daß unser Land an einem furchtbaren Leutemangel leidet und daß Wirtschaften, die normalerweise vier bis sechs Arbeitskräfte gehabt haben, heute mit nur zwei Arbeitskräften, hie und da mit einem jungen Burschen die Arbeiten bestreiten müssen. Diesen Leuten ist es selbstverständlich nicht möglich, selbst wenn sie wollten, immer fristgerecht ihre Pflichten zu erfüllen, weil sie dazu einfach nicht imstande sind. Der Leutemangel hat sich hiebei teilweise als höhere Gewalt geltend gemacht.

Wir sind daher verpflichtet — und das ist mit Recht in die Resolution hineingenommen worden — daß wir in erster Linie der Bauernschaft für ihre Leistungen, die sie seit der Befreiung Österreichs vollbracht hat, unseren innigsten Dank aussprechen. (*Großer Beifall.*) Wir erfüllen damit nur eine ganz selbstverständliche Pflicht. Wer am flachen Lande gelebt und gesehen hat, wie alte Leute unter den schwierigsten Verhältnissen und unter Gefährdung der eigenen Person im Sommer und Herbst 1945 den landwirtschaftlichen Arbeiten nachgegangen sind, muß ihnen dafür wirklich vom Herzen danken. (*Neuerlicher großer Beifall.*)

Wenn wir die Berichte über die 950-Jahr-Feiern Österreichs aus den verschiedenen Städten und Landgemeinden gelesen haben, dann erinnert man sich an die Stelle aus „*Ottokars Glück und Ende*“ von Grillparzer, worin es vom Österreicher heißt, daß er sich seinen Teil denkt und die anderen reden läßt. Das trifft in erster Linie auf unsere braven Landsleute zu. Es muß selbstverständlich auch gesagt werden, daß wir den Leuten, die ihre Pflicht erfüllen, Dank schulden, daß wir aber auch mit aller Entschiedenheit gegen alle jene vorgehen, die ihrer Pflicht nicht nachkommen. Wie in jedem Stande, so gibt es auch in der Bauernschaft Leute, die den Ernst der Zeit nicht begreifen wollen, oft aus Blindheit oder Eignutz, und diese Leute müssen mit aller Schärfe zur Verantwortung gezogen werden. Ich habe selbst viele Fälle zu beobachten Gelegenheit gehabt, daß wenn ein einziger im Dorf seiner Ablieferungspflicht nicht Genüge geleistet hat, sofort die allgemeine Meinung entstand, wenn der nicht zur Verantwortung gezogen wird, auch die anderen künftig nicht ihre Pflicht erfüllen werden. Der mangelnde Ablieferungswille ist auch darauf zurückzuführen, daß eine so große Kluft zwischen den Ablieferungspreisen und den amtlich festgesetzten Preisen des freien Marktes und den Preisen im Schleichhandel besteht. Letztere betragen ungefähr das Zehn- und Zwanzigfache der amtlich bewilligten Preise. Hier ist natürlich der Anreiz geschaffen und dagegen muß mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden. Ich kann nur das eine sagen und das kann jederzeit überprüft werden, ich habe bisher in allen Schleichhandelsfällen jede Intervention, gleich von welcher Seite sie gekommen ist, ob von befreundeter oder gegnerischer Seite, abgelehnt und die Schutzpolizei angewiesen, die Anzeige an die kompetenten Gerichtsstellen zu erstatten.

Bezüglich des Ernährungsausschusses, der im 5. Absatz des Resolutionsantrages behandelt wird, wäre natürlich manches zu erzählen. Es wäre in diesem Zusammenhang das ganze Problem der Verwaltung aufzuwerfen. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit möchte ich mich in meinen Ausführungen aber ganz kurz fassen.

Ausschüsse sind in jedem demokratischen Staat notwendig, zu ihrer Begründung braucht nichts angeführt zu werden als das, daß durch die Ausschüsse die Tätigkeit der Beamten kontrolliert werden kann. Wir dürfen aber nicht den Fehler begehen, daß wir, nachdem wir das Führerprinzip los geworden sind, nun in den Ausschußwahn verfallen und nichts als Ausschüsse schaffen. Ich habe festgestellt, daß wir innerhalb von 14 Tagen nicht weniger als

15 Kommissionen zu schaffen hatten! Die Leute in diesen Kommissionen haben wohl alle den guten Willen mitgebracht, aber nicht immer die entsprechende Eignung. Letzten Endes hat sich auch herausgestellt, daß die Parteien nicht mehr über die geeigneten Personen für diese vielen Kommissionen verfügen. Die Tätigkeit in diesen Kommissionen nimmt selbstverständlich eine ganz beträchtliche Zeit in Anspruch und es muß daher, wenn die Tätigkeit der Bürokratie überprüft werden soll, darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht zuviel auf diesem Gebiete geschaffen wird, denn sonst kommt man wieder zu der mit Recht gerügten Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates. Es handelt sich oft um wichtige Sachen und die unteren Stellen sind nicht immer imstande, die Sachen auch rechtzeitig durchzuführen, weil sie den früheren Erlässen noch nicht nachgekommen sind. Ich erinnere da nur an die berühmten Registrierungskommissionen.

Ich erwähne hier einen kleinen Fall von Krems, der sozusagen typisch war. Die Registrierungskommission in Krems hat ihre Tätigkeit im Juli begonnen und hat wöchentlich mindestens drei bis vier Sitzungen abgehalten, die anfänglich zwei Stunden dauerten; später haben wir bis 11 und 12 Uhr nachts durchgearbeitet. So haben wir bis in den Spätherbst gearbeitet, bis unsere Tätigkeit durch die Wahlen unterbrochen wurde. Endlich waren wir im Jänner so weit, daß wir 3380 Akten durchgearbeitet hatten. Anfangs haben wir die Sache sehr gewissenhaft genommen, später hatten wir eine etwas liberalere Auffassung, denn sonst würden wir heute noch bei den Akten sitzen. Derartig wurden also die Kräfte der Verwaltung in Anspruch genommen und was war nun das Ergebnis? Wie wir die Akten abgeschickt hatten, haben wir sie von der Landesregierung postwendend wieder zurück erhalten und heute sind sie Makulatur! Von den höheren Verwaltungsinstanzen sowohl des Landes als auch der Bundesregierung muß daher bedacht werden, ob die Verwaltung überhaupt imstande ist, die Anordnungen durchzuführen und ob die Verwaltungsbeamten das auch leisten können, wobei noch in Betracht gezogen werden muß, daß wir heute nicht den guteingeschulten Verwaltungsapparat wie früher haben. Viele tüchtige Beamte mußten wegen ihrer politischen Belastung entfernt werden und von den ersatzweise eingestellten Beamten können wir nicht verlangen, daß sie sich schon jetzt die nötige Routine in der Geschäftsbehandlung erworben haben. Gerade in dieser Zeit ist es notwendig, nicht zu viel von der Verwaltung zu verlangen, denn sonst bleibt die Sache praktisch liegen.

Im 6. Absatz der Resolution wird mit Recht die gleichmäßige Behandlung, und zwar sowohl bezüglich der einzelnen Bezirke als auch innerhalb der einzelnen Bezirke bezüglich der einzelnen Bewerber hervorgehoben, was um so notwendiger ist, je weniger zu verteilen ist. In dem Augenblick, wo der dringendste Bedarf gedeckt worden ist, ist man nicht so kritisch wie in jener Zeit, wo man den notwendigsten Bedarf zu decken nicht imstande ist. Da kommen Dinge vor, daß beispielsweise 45 Paar Schuhe zugewiesen wurden und bei der Verteilung kommt der KZ.-Verband und schlägt 85 Leute als bedürftig vor. Auch Verteilungskünstler müssen da versagen.

Ebenso wichtig ist und mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß beim Wiederaufbau unseres Landes eine führende Stelle die Gemeinden innehaben. Es ist klar, daß die Gemeinde mit ihrer eigenen finanziellen Kraft nicht durchkommen kann. Das wissen auch wir, das weiß das Land und der Bund, aber diese Erkenntnis allein genügt nicht. Bisher müssen wir leider feststellen, daß von seiten des Bundes auf diesem Gebiete viel zu wenig geschehen ist. Man hört jetzt von einer Vermögensabgabe und von verschiedenen anderen Projekten sprechen. Bis jetzt ging es noch zur Not, weil wir eben vom Kapital lebten; dieses wird aber jetzt verbraucht sein und soweit ich informiert bin, ist die Lage der meisten Gemeinden die, daß sie zu Beginn des kommenden Jahres gezwungen sein werden, den Anleiheweg zu beschreiten.

Bezüglich der Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes ist zu sagen, daß nach Auffassung unserer Fraktion das Wirtschaftsgebiet einheitlich sein soll und daß eine Bezirksautonomie nicht geduldet werden kann, so sehr auch einzelne Wirtschaftsreferenten in einem löblichen Eifer versuchen, für ihren Bezirk möglichst viel herauszuschlagen und hereinzubringen. Daher begrüßen wir es, daß von seiten der Landesregierung energische Anstrengungen gemacht werden, daß alle Bezirke Niederösterreichs gleichmäßig versorgt werden. Dasselbe gilt für die Verhältnisse innerhalb des Bundes. Auch hier stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Länder gleichmäßig zu behandeln sind und daß eine Bevorzugung des einen oder anderen Landes nicht in Betracht kommen kann.

Zum Schluß noch folgendes. Die Niederösterreicher sind ein Volk, das seine Heimat liebt. Wir machen nicht viel Worte daraus, sondern begnügen uns nur mit der Feststellung, daß diese Liebe zu unserer Heimat keineswegs vom Kantönligeist beseelt ist, den wir hie und da im Westen bemerken müssen. Es ist daher ein Ausfluß unseres ureigensten Wesens und es entspricht auch unserer Wesensart, wenn wir

mit den übrigen Völkern, insbesondere mit unseren Nachbarn im Frieden leben wollen. Wir haben durch den Mund unserer berufenen Männer die Erklärungen in dieser Hinsicht vom ersten Augenblick unseres neuen staatlichen Daseins gehört. Leider ist es hier wie auf vielen anderen Gebieten so, daß einseitige Liebeserklärungen nicht viel nützen. Man hat zwar einige schöne Worte gefunden, aber in der entscheidenden Frage ist noch keine Einheitlichkeit erzielt worden und das ist die Frage, wie ist Österreich zu behandeln, ist es ein unterworfenes oder ein befreites Land?

Es ist in diesem Zusammenhange heute schon über Schuld und Sühne gesprochen worden. Das ist eine Auffassung, die ich schon aus rein juristischen Gründen nicht teilen kann. Österreich hat sich — und das kann von keiner Seite bestritten werden — mit Leib und Seele gegen den Anschluß an die Nazibarbarei gewehrt. Wenn es dabei unterlegen ist, war das nicht seine Schuld, sondern die Schuld jener Mächte, die damals im Völkerbund gesessen sind und verpflichtet gewesen wären, auf Grund der Völkerbundsatzungen einzugreifen und diesem Staate zu Hilfe zu kommen. Mit dem 13. März 1938 war aber Österreich ausgelöscht und erst mit 1. Mai 1945 ist es wieder zu neuem staatlichen Leben erwacht. Was zwischen diesem 13. März 1938 und dem 1. Mai 1945 gelegen ist, kann niemals der heutigen Republik Österreich in völkerrechtlichem Sinne zur Last gelegt werden und es ist unmöglich, es dafür haftbar zu machen. Wenn man gesagt hat, es mag das alles richtig sein, aber auf dem Gebiete der Politik hängt es nicht von rein formalen juristischen Erwägungen ab, sondern wir müssen die Tatsache in Betracht ziehen, daß es in diesem Lande viele Nazi gegeben hat, so mag das richtig sein, aber diese Nazi werden bei uns zur Verantwortung gezogen. Hat es nicht Verräter ihrer Heimat auch in jenen Staaten gegeben, die heute unter den Siegerstaaten aufscheinen? Hat es nicht einen Laval und einen Quisling gegeben, die in diesem Zusammenhang genannt werden müssen? Kann man es Österreich verargen, daß es am 13. März 1938 einem vollkommen aussichtslosen Kampf ausweichen mußte? Wenn nachher jene Leute, die berufen gewesen wären, für Österreich einzutreten, gesagt haben, was sich in Österreich vollzogen hat, war eine Naturnotwendigkeit, weshalb sie nicht bereit waren, wegen dieser Tatsache es zu einem ernststen Konflikt mit dem nationalsozialistischen Deutschland kommen zu lassen! Kann man es hier verargen, daß bei uns Leute, die immer den Nationalsozialismus abgelehnt haben, dann schwach geworden sind und daß sich manche

zu einem Kompromiß im privaten und politischen Leben verstanden haben? Wenn man in Betracht zieht, daß Österreich im Jahre 1866 ein Staat des Deutschen Bundes gewesen ist, dann wiegt all das in meinen Augen bedeutend weniger gegenüber dem Verhalten so vieler fremdsprachiger Ausländer, die trotz der konsolidierten Verhältnisse in ihren Ländern bereit waren, mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu gehen.

Ich glaube, wir können mit ruhigem Gewissen die Haftung für den Zeitraum vom 13. März 1938 bis 1. Mai 1945 ablehnen und sagen, Österreich ist am 13. März 1938 nach einem Kampf unterlegen, weil es außerstande war, gegen die Kriegsmaschinerie des Dritten Reiches in den Kampf zu ziehen. Es ist am 1. Mai 1945 wieder erstanden und erst von diesem Zeitpunkt an ist Österreich wieder ein völkerrechtlich anerkanntes Subjekt und kann nie für das, was in der Zwischenzeit geschehen ist, zur Verantwortung gezogen werden. *(Großer Beifall.)*

PRÄSIDENT: Zu der eben abgeführten Debatte zum Bericht des Herrn Landeshauptmannes ist ein Resolutionsantrag aller drei Parteien eingebracht worden und ich ersuche den Herrn Schriftführer Ka indl, diesen Resolutionsantrag zur Verlesung zu bringen *(liest)*:

RESOLUTIONSANTRAG  
der Abgeordneten Ing. Kargl, Vesely, Genner und Genossen.

„Der Landtag nimmt den Bericht des Landeshauptmannes zur Kenntnis.

Die Mitteilung der Bundesregierung, daß der tägliche Kaloriensatz einheitlich für ganz Österreich für die Normalverbraucher auf 1550 erhöht wird, wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Erhöhung baldigst gleichmäßig auf alle Verbraucherkategorien ausgedehnt wird.

Der Landtag nimmt weiter zur Kenntnis, daß Niederösterreich seiner Ablieferungspflicht im Vergleich zu den übrigen Bundesländern bisher am besten nachgekommen ist.

Den Ablieferungswilligen wird für die Erfüllung ihrer Pflicht der Dank des Landtages ausgesprochen. Gleichzeitig wird erwartet, daß die niederösterreichische Bauernschaft auch weiterhin ihrer Ablieferungspflicht voll nachkommt, um so die Ernährung der österreichischen Bevölkerung sicherzustellen.

Im Interesse der Gesamtbevölkerung, aber auch im Interesse der ablieferungswilligen Bauernschaft muß mit aller Schärfe gegen jene vorgegangen werden, die sich ihrer Abliefe-



rungspflicht entziehen. Der Landtag erwartet, daß die Organe der Bundes- und Landesregierung mit der größten Strenge gegen Schleichhändler und sonstige Wirtschaftssaboteure einschreiten.

Zur Sicherung und Überwachung aller Ernährungsmaßnahmen ist ein Landes-Ernährungsausschuß mit sofortiger Wirkung einzusetzen. Sollten bereits bestehende Bezirks- oder Ortskontrollausschüsse nicht funktionieren, hat der Landes-Ernährungsausschuß Abhilfe zu schaffen.

Seine Aufgabe ist es, auch dafür zu sorgen, daß die Ernährung in allen niederösterreichischen Bezirken einschließlich der Notstands- und Randgemeinden sowohl mengen- als auch qualitätsmäßig gewährleistet wird.

Beim Wiederaufbau unseres Landes fällt den Gemeinden eine besondere Aufgabe zu. Zur Bewältigung dieser Aufgabe bedürfen sie der steten Förderung durch den Bund und das Land. Diese haben für die rascheste Beistellung der notwendigen finanziellen Mittel und der Baustoffe Sorge zu tragen.

Der niederösterreichische Landtag steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes und der freie Güterverkehr in ganz Österreich gesichert sein muß. Der gleiche Grundsatz gilt auch für die Verwaltungsgebiete des eigenen Landes. Daher dürfen auch eigenmächtige Bewirtschaftungsmaßnahmen einzelner Bezirke nicht geduldet werden. Die wirtschaftliche Abschnürung bringt insbesondere Niederösterreich schweren volkswirtschaftlichen Schaden. Der Landtag erwartet, daß die wirtschaftlichen Zonengrenzen bald aufgehoben werden.

Die Produktionskraft des Landes ist zer schlagen. Eine nachhaltige Besserung der Wirtschaftslage des Landes ist nur möglich, wenn unsere Industrie, unser Gewerbe, unsere

Landwirtschaft und unser Fremdenverkehr wieder aufgebaut und der österreichischen Gesamtwirtschaft dienstbar gemacht werden. Hiezu ist ein Landeswirtschaftsausschuß zu bilden, der die Erzeugung und Verteilung der Waren kontrolliert und verhindert, daß von Spekulanten österreichische Erzeugnisse, die wir dringend für den Bedarf unserer Bevölkerung brauchen, ins Ausland verschoben werden.

Niederösterreich hat ein besonderes Interesse an einer Außenpolitik der Bundesregierung, die auf freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern und Staaten hinstrebt, und wünscht keine einseitige außen- und wirtschaftspolitische Orientierung.“

PRÄSIDENT: Ich bringe den Resolutionsantrag zur Abstimmung und ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, welche für den Resolutionsantrag stimmen wollen, die Hand zu erheben. (*Geschieht.*)

Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Resolutionsantrages.

Im Laufe der nächsten Woche werden folgende Ausschüsse tagen:

Der Wirtschaftsausschuß am 21. November 1946 um 11 Uhr vormittags.

Der Finanz- und Schulausschuß kombiniert am 21. November um 2 Uhr nachmittags.

Der Finanzausschuß am gleichen Tage im Anschluß an diese Sitzung und der Verfassungsausschuß voraussichtlich am 21. November vormittags.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 40 Min.)